

# E+Z

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 06

## STEUERPOLITIK

Nationale Verantwortung  
und internationale  
Kooperation sind nötig

## IDENTITÄTSPOLITIK

Kameruns Sprachenstreit  
droht das Land zu  
zerreißen

## WELTPOLITIK

Wie multilaterale  
Organisationen Golfclubs  
ähneln



# BRICS plus Partner

# Digitale Zukunft

Ein wichtiges Kapitel in der Geschichte von E+Z/D+C geht zu Ende: Ab dem kommenden Jahr werden wir unsere Plattform rein digital betreiben. Wir stellen unser Printheft nach mehr als 60 Jahren ein und werden die letzten beiden Ausgaben im Juni und November 2024 in Druck geben. Digital haben wir die Möglichkeit, unsere internationalen Zielgruppen schnell zu erreichen und dabei die Umwelt zu schonen. E+Z/D+C wird inzwischen in mehr als 180 Ländern digital genutzt.



Wir hoffen, unsere Printabonnent\*innen mit unserem bereits heute starken digitalen Angebot zu überzeugen: auf unserer Website [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu) und mit unserer Digitalen Monatsausgabe, in der wir auch thematische Schwerpunkte setzen. Sie steht auf unserer Website **zum kostenlosen PDF-Download** bereit. Um über unsere Inhalte auf dem Laufenden zu bleiben, abonnieren Sie gern unseren monatlichen **Newsletter** und folgen Sie uns auf Social Media:



Gleichzeitig werden wir unser digitales Angebot ab 2025 erweitern – wie genau, das erfahren Sie in unserer letzten gedruckten Ausgabe.

## Editorial

- 4 **HANS DEMBOWSKI**  
Weshalb eine nicht überzeugende Allianz beeindruckend aussieht

## Magazin

- 5 **ALTAYESH TADDESE TEREFE**  
Nachhaltige Staatlichkeit erfordert solide öffentliche Finanzsysteme
- 8 **AMINDEH BLAISE ATABONG**  
Der gefährliche Sprachenkonflikt in Kamerun geht auf die Kolonialgeschichte zurück
- 10 **KATHARINA WILHELM OTIENO**  
Multilaterale Organisationen ähneln in mancher Hinsicht Golfclubs
- 12 **PROGRESS MWAREYA / IMPRESSUM**  
Heutzutage: Warum die Menschen in Simbabwe unzufrieden mit den chinesischen Investitionen in die Stahlproduktion sind

## Debatte

- 13 **WALE OSOFISAN**  
IDA braucht ausreichende Mittel
- 14 **ADITI ROY GHATAK**  
Eine kurze Geschichte der leeren Versprechen von Indiens Regierungspartei
- 15 **KATHARINA WILHELM OTIENO**  
Kenia hat an allen Fronten zu kämpfen

- 16 **MARKUS RUDOLF**  
Senegals Demokratie ist lebendig, und der Westen sollte das respektieren

- 17 **JÜDISCHE KOMMENTARE / LESERBRIEFE**  
Widerspruch zur israelischen Regierung bezüglich internationaler Auswirkungen von Antisemitismus

## Schwerpunkt: BRICS plus Partner

- 20 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**  
Warum die Expansion die BRICS ironischerweise schwächen könnte, anstatt sie zu stärken

- 22 **INTERVIEW MIT VLADIMIR ANTWI-DANSO**  
Die BRICS koordinieren ihr Engagement in Westafrika nicht

- 24 **HENNING MELBER**  
Die Allianz, die für alle Entwicklungsländer sprechen will, wird von ernsthaften internen Spannungen heimgesucht

- 26 **GEOFFREY MZUMARA**  
Malawi sitzt im Hinblick auf die BRICS und den Westen zwischen zwei Stühlen

- 28 **MATTHIAS VON HEIN**  
Chinas globale Bestrebungen spiegeln die Erfolge der Vergangenheit wider, könnten aber vereitelt werden

- 30 **RUKAMANEE MAHARJAN**  
Nepal steckt zwischen zwei riesigen BRICS-Ländern

- 31 **JÖRN GEISSELMANN UND JOHANNES KUMMEROW**  
Wie sich Indiens Außenpolitik in den kommenden zehn Jahren entwickeln könnte – vier Szenarien

### SCHWERPUNKT

## BRICS plus Partner

Das Akronym BRICS wurde von einem Wall-Street-Banker geprägt, um die vielversprechenden Wirtschaftsaussichten in Brasilien, Russland, Indien und China hervorzuheben. Die vier Länder fügten Südafrika hinzu und begannen, regelmäßige Treffen abzuhalten. Vergangenes Jahr nahmen sie neue Mitglieder in die jetzigen BRICS+ auf. Das Bündnis ist von internen Differenzen geprägt. Was es stark erscheinen lässt, ist auch die Dysfunktion des westlich geführten multilateralen Systems.

**Titelseite:** Die fünf Flaggen der ursprünglichen BRICS-Länder.  
**Foto:** picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Shutterstock





Unser Schwerpunkt zum Thema BRICS plus Partner beginnt auf Seite 19. Er hat direkten Bezug zum 17. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Partnerschaften zur Erreichung der Ziele.

## Weshalb eine wenig überzeugende Allianz so stark wirkt

Die Menschheit rast auf die ökologische Katastrophe zu. Wir brauchen nachhaltige Lösungen für dringende globale Probleme wie Klimawandel, Artenschwund und Plastikverschmutzung. Leider bieten die BRICS+ derlei nicht an.

Ursprünglich war diese informelle Gruppe ein Bündnis von Brasilien, Russland, Indien China und Afrika. Inzwischen sind vier weitere Mitglieder dazugekommen (Vereinigte Arabische Emirate (VAE), Iran, Ägypten und Äthiopien). Voraussichtlich wird auch Saudi-Arabien bald beitreten.

Schon die BRICS beanspruchten abсурderweise, für den ganzen sogenannten Globalen Süden zu sprechen. Dabei war kein geringst entwickeltes Land mit dabei. Als nördlichstes Land der Welt umfasst Russland derweil den halben Polarkreis der Arktis und bemüht sich, das Zarenreich des 19. Jahrhunderts neu zu erschaffen. Nur Äthiopien ist nun als geringst entwickeltes

„Außer dem Wunsch, westliche Hegemonie zu begrenzen, verbindet die BRICS+ nicht viel. Die Mitglieder betreiben Weltpolitik im Großmachtstil.“

Land hinzugekommen, zugleich aber zwei Ölexporteure (VEA und Iran) und auf Dauer vermutlich noch ein dritter (Saudi-Arabien).

Außer dem Wunsch, westliche Hegemonie zu begrenzen, verbindet die BRICS+ nicht viel. Die Mitglieder betreiben Weltpolitik im Großmachtstil. Sie zeigen wenig Interesse an den dringendsten Anliegen der Länder mit niedrigen Einkommen. China und Indien sind nicht eng befreundet, weshalb Chinas großes Entwicklungsprogramm, die Belt and Road Initiative, einen Bogen um In-

dien macht. Iran und die Golf-Monarchien ringen um regionale Dominanz. Ihr Stellvertreterkrieg zerreißt den Jemen.

Abgesehen von der Schaffung einer neuen internationalen Entwicklungsbank haben die Fünfer-BRICS nicht viel erreicht. Ihre New Development Bank bleibt ein minderwertiger Akteur. Als Gruppe haben sie nur sehr wenig zur nötigen globalen Transformation zur Nachhaltigkeit beigetragen.

Auch ihre Leistungen während der Coronapandemie blieben hinter ihren Behauptungen zurück. Es stimmt zwar, dass China, Indien und Russland Impfstoffe exportierten. Hätte China die Weltgemeinschaft aber umfassender informiert, als die neuartige Krankheit zuerst in Wuhan tobte, hätte die weltweite Pandemie vielleicht verhindert werden können. Jedenfalls hätten andere Staaten sich besser vorbereitet. Indien produzierte überhaupt nur ein Vakzin, weil die Universität Oxford ihr Patent gratis zur Verfügung stellte, wobei Indien international ärmere Länder beliefern sollte. Es stellte die Ausfuhr dann aber ein, als Covid-19 im eigenen Land heftig wütete. Russische Exportgroßzügigkeit hatte derweil vermutlich auch damit zu tun, dass im Land selbst die Impfbereitschaft sehr gering war.

Die BRICS+ erscheinen nun trotz ihrer bisher geringen Leistungen als substantielle Herausforderer der G7-Gruppe von Hochkommensländern. Das liegt daran, dass es die G7 und ihre Verbündeten versäumten, ihre Vorstellungen von Global Governance nach dem Fall der Berliner Mauer so umzusetzen, dass sie die ganze Weltgemeinschaft voranbrachten. Inzwischen haben sie das Vertrauen von Regierungen und Menschen in Entwicklungsländern weitgehend verspielt.

Wenn sie den Trend umkehren wollen, müssen die G7-Länder viel mehr für globale öffentliche Güter tun. Dazu gehört, die eigenen Volkswirtschaften ökologisch nachhaltig zu machen und international die SDG-Agenda zu fördern. Wenn die G7 führen wollen, müssen sie mit gutem Beispiel vorangehen. Tun sie das nicht, werden die BRICS+ trotz ihrer offenkundigen Schwächen immer bedrohlicher wirken.



**HANS DEMBOWSKI**  
ist Chefredakteur von **E+Z/ D+C**.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)



Bildung kostet Geld: Unterricht in Ghanas Hauptstadt Accra.

STEUERPOLITIK

## Nationale Gesetze plus internationale Zusammenarbeit

Entwicklungsländer brauchen kluges Steuerrecht und kompetente Finanzverwaltungen. Solche Systeme aufzubauen, erfordert politischen Willen und Handeln auf nationaler Ebene. Erfolg hängt aber auch von internationaler Zusammenarbeit ab. Länder mit hohem Einkommen sollten Bestrebungen für eine UN-Rahmenkonvention zu Steuern unterstützen, anstatt auf den bisherigen OECD-Prozessen zu beharren.

Von Altayesh Taddese Terefe

Addis Ababa Action Agenda (AAAA) heißt das Abschlusspapier des Gipfels der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung, der 2015 in der äthiopischen Hauptstadt stattfand. In der AAAA verpflichteten sich die Nationalstaaten, „die Staatsfinanzen durch moderne, progressive Steuern,

bessere Steuerpolitik und wirkungsvollere Steuereintreibung zu stärken“. Diese Verpflichtung bewies, dass die Bedeutung der Staatsfinanzen für Entwicklung allgemein anerkannt wird.

Um die Lebensverhältnisse durch Investitionen in Infrastruktur und sozialstaatliche Institutionen zu verbessern, brauchen Entwicklungsländer höhere Staatseinnahmen. Es reicht nicht, Wachstum zu fördern, denn die Steuerbasis muss ebenfalls wachsen. Gute Steuerpolitik hat mehrere Vorteile:

- Sie dient der Inklusion, weil sie Einkommens- und Geschlechterdifferenzen durch höhere Belastung der Starken ausgleicht.
- Sie schafft Anreize gegen Umweltverschmutzung und anderes destruktives Verhalten.

- Sie stärkt das Bewusstsein für Staatsbürgerschaft, weil sie alle in die Bemühungen um das Gemeinwohl einbezieht und die Aufmerksamkeit der Steuerzahler\*innen auf die Qualität der Regierungsführung und die Demokratie richtet.

All das ist für die Erreichung der SDGs (Sustainable Development Goals – Ziele für nachhaltige Entwicklung) wichtig. Es dient zudem der Herausbildung kompetenter Staatlichkeit. Souveränität wird gestärkt, wenn Staaten über Steuereinnahmen verfügen, die sie von Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) unabhängiger machen. Wenn Regierungen dann nachhaltige Entwicklung mit Inklusionscharakter bewirken, fördern sie die Demokratie.

Bereits heute beruht ein bedeutender Anteil der staatlichen Haushalte von Entwicklungsländern auf heimischen Steuern. Aber ihre Steuerrate ist nur etwa halb so hoch wie die von entwickelten Nationen. Entsprechend ist DRM (Domestic Resource Mobilisation – heimische Ressourcenmobilisierung) zum zentralen Thema der internationalen Entwicklungsdebatte geworden.

2020 trieben Länder mit niedrigen Einkommen etwa 11,6 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts als Steuern ein. Laut UNCTAD (UN Conference on Trade and Development) war die Vergleichsquote für andere Entwicklungsländer 16,3 Prozent und für entwickelte Länder 23,2 Prozent. Seit den 1990er-Jahren waren die Quoten kontinuierlich gestiegen, aber wegen verschiedener Krisen – etwa der Coronapandemie und des eskalierenden Klimawandels – ist die Lage schwieriger geworden. Staatsschulden sind schnell gewachsen.

Laut einer Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 2023 könnten Schwellen- und Entwicklungsländer mehr Steuergeld generieren. Länder mit niedrigem Einkommen könnten demzufolge ihre Einnahmen im Schnitt um 6,7 Prozent steigern. Der Vergleichswert für Schwellenländer ist fünf Prozent. Dafür wäre stimmige Steuerpolitik nötig. Das wiederum setzt den nötigen politischen Willen voraus – insbesondere was die Durchsetzung des Steuerrechts betrifft.

Niemand zahlt gerne Steuern. Deshalb ist es schwierig:

- Steuerquoten zu erhöhen,
- mehr Menschen zu besteuern und
- Schlupflöcher zu schließen.



Stromleitungen und Brücken in Nigerias Wirtschaftsmetropole Lagos: Infrastruktur ist wichtig und hängt von ausreichenden Staatseinnahmen ab.

Bisher leisten Wohlhabende jedoch nicht ihren fairen Beitrag zur Gesellschaft. Steuern auf Vermögen und Grundbesitz werden kaum erhoben, obwohl sie sinnvoll wären. Um Finanzämter effizient zu machen, muss obendrein die Korruption bekämpft werden.

Der Gesellschaftsvertrag eines Landes bleibt brüchig, wenn er Menschen massenhaft nicht ins Steuersystem einbezieht. Wenn ein Großteil der Bevölkerung keine Steuern zahlt, fehlt dem Staat das nötige Geld, um Armut zu bekämpfen. Um die SDGs zu erreichen, muss die Steuerlast der Mehrheit leicht erhöht werden, damit beispielsweise das Bildungs- und Gesundheitswesen gestärkt werden können. Der Nutzen derartigen Staatshandelns übersteigt das, was Privatausgaben den besteuerten Familien bringen würden.

## ILLEGITIME FINANZFLÜSSE

Es kommt jedoch nicht nur auf nationale Politik an. Illegitime Finanzflüsse (IFFs – Illicit Financial Flows) reduzieren Staatshaushalte in Entwicklungsländern, weil Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und strategische Steuerplanung große Schäden anrichten. Multinationale Konzerne profitieren davon besonders. Zwar gibt

es keine exakten Daten, es besteht aber kein Zweifel daran, dass Entwicklungsländern riesige Summen entgehen.

IFFs haben Entwicklungsländer von 2004 bis 2013 laut einer Weltbankschätzung von 2021 um rund 800 Milliarden Dollar beraubt. Davon wären ungefähr 500 Milliarden als Steuern eingezahlt worden, wovon wiederum 70 Prozent Unternehmenssteuern gewesen wären. Afrika entgehen Schätzungen zufolge jährlich mehr als 50 Milliarden Dollar. Beunruhigenderweise begünstigt die wachsende Digitalwirtschaft schädliche Steuerpraktiken wie Steuerbetrug.

Internationale Zusammenarbeit wird im Bereich Steuern generell für nötig erachtet. Diese Dinge hat bisher vor allem die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development), ein Bündnis von Ländern mit hohem Einkommen, vorangetrieben. Auch die UN, die Weltbank und der IWF unterstützen einschlägige Konzepte.

Die OECD hat zwar für Fortschritte gesorgt, ihre Arbeit bleibt aber umstritten (siehe Kasten). Die Kritik bezweifelt deren Fairness, Inklusion und Wirksamkeit. Regierungen von Entwicklungsländern wollen zudem gleichberechtigt an der Formulierung internationaler Regeln mitwirken.

Entsprechend fordern sie, dass die Vereinten Nationen (UN), bei denen sie gleiches Stimmrecht haben, die Federführung in Steuerfragen übernehmen.

Tatsächlich erheben die UN auch solche Ansprüche. Ende vergangenen Jahres verabschiedete die Generalversammlung die Resolution 78/230 mit dem Ziel einer UN-Rahmenkonvention für internationale Steuerkooperation.

Laut einem nigerianischen Diplomaten geht es darum, Entwicklungsländer dazu zu befähigen, „mehr heimische Steuern einzutreiben, um Entwicklungsvorhaben und Sozialpolitik direkt anzutreiben“. Ein Ad-hoc-Komitee soll die nötigen Bedingungen für die Arbeit an der Rahmenkonvention schaffen und dürfte diesen Auftrag im August 2024 erfüllt haben. Es kann dabei auf Vorarbeiten von UN-Generalsekretär António Guterres und des FACTI Panel (High-Level Panel on International Financial Accountability, Transparency and Integrity for Achieving the 2030 Agenda) aufbauen.

Allerdings ist die Resolution 78/230 ihrerseits umstritten. Die 125 Regierungen, die für sie stimmten, vertraten überwiegend Entwicklungsländer. 57 Gegenstimmen und Enthaltungen kamen dagegen vor allem aus dem globalen Norden.

Dass entwickelte Länder die Resolution ablehnen würden, war zu erwarten. EU-Institutionen und Mitgliedsländer hatten argumentiert, die OECD-Agenda werde gebremst, wenn die Federführung an die UN übergehe. Zivilgesellschaftliche Beobachter\*innen sagen dagegen, die privilegierten OECD-Mitglieder bevorzugten Foren, in denen sie den Ton angäben. Beachtenswert ist auch, dass Wirtschaftsverbände aus Ländern mit hohem Einkommen die OECD-Agenda befürworten.

Grundsätzlich versprechen reiche Nationen, Capacity-Building in den Finanzverwaltungen von Entwicklungsländern zu unterstützen und internationale Standards einzuhalten. Meist bevorzugen sie aber nichtbindende Standards gegenüber verbindlichem UN-Recht. Aus Sicht nichtstaatlicher Steuergerechtigkeitsinitiativen ist diese Haltung bestenfalls widersprüchlich.

Mächtige Regierungen sprechen gern von einer „regelbasierten Weltordnung“. Für Entwicklungsländer wäre das globale Steuersystem glaubwürdiger, wenn sie gleichberechtigt an der Regelformulierung beteiligt wären. Capacity-Building und Kooperation

bezüglich einiger Standards reichen nicht. Aus Sicht der Entwicklungsländer sind IFFs das größte Problem, und sie wollen gleichberechtigt an der Lösung mitwirken.

Steuern sind eine eminent politische Angelegenheit. Sie spiegeln die Werte und Präferenzen eines souveränen Staates wider. Zugleich ist internationale Koordination nötig, weil die Weltwirtschaft vernetzt ist. Kapitalflüsse überqueren Grenzen, und die Digitalisierung macht das immer einfacher. Manche Staaten schaffen bewusst Bedingungen, die multinationalen Konzernen Geheimhaltung und das Verschieben von Profiten erlauben. Auf diese Weise untergraben vor allem reiche, kapitalexportierende Länder die Steuerpolitik von Entwicklungsländern. Es würde der Balance dienen, die UN, in der alle Staaten gleichberechtigt ver-

treten sind, zum Hauptakteur im Kampf gegen Steueroasen zu machen.

Bislang hängt Fortschritt in Richtung SDGs in benachteiligten Ländern von ODA ab. Je wirkungsvoller die Steuersysteme dort werden, desto weniger ODA werden sie brauchen. Kapazitätsaufbau im Steuerwesen muss deshalb eine Priorität der Entwicklungspolitik sein. Er stärkt nicht nur staatliche Handlungsfähigkeit, sondern darüber hinaus auch die Demokratie, wenn Politikergebnisse besser werden und die Bürgerschaft an öffentlichen Angelegenheiten beteiligt wird.

Schwache Steuersysteme sind dagegen für Länder typisch, in denen Gesellschaftsverträge schwach sind, die Wirtschaftsleistung enttäuscht und tiefe soziale Spaltung herrscht. Zu den Folgen gehören

immer wieder Konflikt, Staatszerfall und Flucht.

Entwicklungsländer brauchen starke Finanzsysteme. Darum müssen sie sich selbst kümmern, aber stimmige internationale Kooperation ist auch nötig. Es wäre deshalb klug, eine UN-Rahmenkonvention anzusteuern und nicht an der OECD-Federführung festzuhalten. Geberregierungen sollten diesbezüglich auf den Rat unabhängiger Experten hören.



**ALTAYESH TADDESE TEREFE**  
ist Volkswirtin und arbeitet für den International Tax Compact (ITC), den die GIZ implementiert. Sie äußert hier

ihre persönliche Meinung.  
[altitad@gmail.com](mailto:altitad@gmail.com)

## Mangelnde Inklusion

In den vergangenen Jahrzehnten war die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD – Organisation for Economic Cooperation and Development) der wichtigste multilaterale Akteur in internationalen Steuerfragen. 2009 schuf sie das Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes mit dem Ziel, einheitliche Standards durchzusetzen.

Das Forum hat heute mehr als 160 Mitglieder, darunter auch viele Entwicklungsländer. Zu seinen wichtigsten Konzepten gehören der Austausch von Informationen auf Anfrage (EOIR – Exchange of Information on Request) und automatischer Austausch von Finanzinformationen (AEOI – Automatic Exchange of Financial Account Information).

2013 startete die OECD mit den G20 ein Projekt gegen die Erosion der Steuerbasis und die Profitverschiebung (BEPS – Base

Erosion and Profit Shifting). 2015 wurden dann, um Steuer- vermeidung durch multilaterale Konzerne zu bekämpfen, 15 konkrete Maßnahmen („tangible actions“) beschlossen. Dazu gehören beispielsweise digitale Auskunftspflichten und länder- spezifische Bilanzregeln.

Für die internationale Umsetzung gründeten OECD und G20 2016 das Inclusive Framework (IF) mit derzeit 140 Mitgliedern. 2021 einigten sich 137 IF-Mitglieder auf ein Zwei-Säulen-Abkommen zu Steuerproblemen der Digitalwirtschaft. Bei der ersten Säule geht es um die Zurechnung der Gewinne großer multinationaler Unternehmen auf verschiedene Länder und bei der zweiten um 15 Prozent weltweite Mindestbesteuerung.

Erwähnenswert ist auch die Platform for Collaboration on Tax (PCT). Diese gemeinsame Initiative von Internationalem Währungsfonds, Weltbank, UN und OECD fördert Capa-

city-Building und Technische Zusammenarbeit.

Beanstandet wird aber, viele dieser Initiativen seien ungerecht, weil Entwicklungsländer nicht gleichberechtigt teilnahmen und entsprechend auch weniger Nutzen haben dürften. Es gibt Schätzungen, denen zufolge die unverteiltern Steuereinnahmen des Zwei-Säulen-Abkommens einer Handvoll reicher Länder zugutekämen. Was Entwicklungsländer bekommen, wurde als ungewiss bewertet. Möglicherweise würden sie sogar draufzahlen.

Ähnliche Sorgen werden mit Blick auf das BEPS-Projekt geäußert. Tatsächlich wurden Entwicklungsländer anfänglich nicht einmal konsultiert. Obwohl es um missbräuchliche Steuerpraktiken von Multis geht, fordern die bestehenden internationalen Regeln nicht angemessen die Besteuerung an der Quelle, also typischerweise in den Entwicklungsländern, in denen die Wirtschaftstätigkeit stattfindet. Auch verhindern die aktuellen Regeln nicht, dass Eigentümer

anonym bleiben – was illegitime Finanzflüsse offensichtlich begünstigt.

Fachleute, nichtstaatliche Steuergerechtigkeitsinitiativen und politische Entscheidungstragende aus Entwicklungsländern äußern deshalb die Sorge, die vorgeschlagenen Lösungen würden entwickelten Ländern mehr nutzen als Entwicklungsländern. Dass Verhandlungen nicht öffentlich sind, sondern stattdessen hinter geschlossenen Türen stattfinden, verstärkt das Unbehagen. Fachleute von der norwegischen Akademie für Internationales Recht (NAIL, 2022) urteilen jedenfalls, den OECD-Initiativen fehle der Inklusionscharakter, den die Teilnahme aller Nationen und die Rechenschaft ihnen gegenüber bringen würden. AT

### LINK

Norwegian Academy of International Law, 2022: A UN Tax Convention? <https://intlaw.no/wp-content/uploads/2022/09/REPORT-UN-tax-convention-FINAL-NAIL-sept-2022-WEB.pdf>



Demonstration in Rom für ein freies Ambazonien.

SPRACHPOLITIK

## Von der kolonialen Teilung zum Bürgerkrieg

**Bis heute wird das Leben in Kamerun davon bestimmt, ob jemand frankophon oder anglophon ist. Die sogenannte „anglophone Krise“ im Zusammenhang mit den Unabhängigkeitsbestrebungen des Teils des Landes, der einst eine britische Kolonie war, fordert immer mehr Opfer.**

Von Amindeh Blaise Atabong

Im April bot sich in Bamenda, der drittgrößten Stadt des Landes im Westen Kameruns, ein schreckliches Bild: Mitten auf einer belebten Straßenkreuzung war der blutige Kopf eines Mannes abgelegt worden.

Vermutlich wurde der später als Kräuterexperte identifizierte Mann von secessionistischen Rebell\*innen, die ein unabhängiges anglophones Kamerun anstreben, entführt und enthauptet. Seine Leiche war unauffindbar.

Dieser brutale Mord ist nur die jüngste von etlichen Gräueltaten in den englischsprachigen Teilen Kameruns. Die Opfer sind Menschen, die vermeintlich die Sache der Separatist\*innen ablehnen oder angeb-

lich für die Regierung spionieren. Einer der Morde hielt 2019 das ganze Land in Atem, weil er als Video in den sozialen Medien kursierte. Darauf zu sehen ist, wie die Gefängniswärterin Ayafor Florence auf einen Platz in Pinyin geschleppt und von einer Gruppe von Männern enthauptet wird. Das Leben der anglophonen Bevölkerung Kameruns – etwa 20 Prozent der 28 Millionen Einwohner\*innen des Landes – wird seit 2016 durch derartige Taten erschüttert.

Die Krise hat ihren Ursprung in kolonialen Machtverhältnissen, die bis in die 1880er-Jahre zurückreichen. Ehe die europäischen Kolonialmächte Afrika unterwarfen, bestand das heutige Kamerun aus vielen unabhängigen Königreichen mit eigenen Territorien, Regierungen, Kulturen und Traditionen. Diese Gebiete annektierte Deutschland 1884 und vereinte sie zu einer Kolonie, die es Kamerun nannte. Als Deutschland den Ersten Weltkrieg gegen die Alliierten verlor, wurde das Gebiet beschlagnahmt und zwischen Großbritannien und Frankreich aufgeteilt. Frankreich erhielt den Löwenanteil. Die beiden Länder

verwalteten die geteilte Kolonie als Treuhandgebiete und führten jeweils ihre Sprache und ihr Regierungs-, Bildungs- und Justizsystem ein.

Am 1. Januar 1960 wurde Französisch-Kamerun unabhängig. Das britische Südkamerun schloss sich am 1. Oktober 1961 mit Französisch-Kamerun zur heutigen Republik Kamerun zusammen.

Dies war jedoch keineswegs ein reibungsloser Prozess. Die Probleme begannen 1961 während eines von den UN unterstützten Referendums, das der Unabhängigkeit vorausging. Damals sprachen sich Politiker\*innen aus dem britischen Südkamerun für die Unabhängigkeit durch Gründung eines neuen Staates aus. Vorschläge, die Unabhängigkeit durch einen Anschluss an Nigeria oder eine Eingliederung in Kamerun gemeinsam mit Französisch-Kamerun zu erreichen, lehnten sie ab. Über die Option eines unabhängigen anglophonen Kameruns wurde bei dem Referendum jedoch gar nicht erst abgestimmt.

1972 beendete der erste Präsident Kameruns, Ahmadou Ahidjo, das föderale System, das der anglophonen Minderheit Autonomie garantiert hatte. Sein Nachfolger Paul Biya, inzwischen seit fast 42 Jahren an der Macht, hat die Verwaltung noch weiter zentralisiert.

### ENGLISCH ZU SPRECHEN REICHT NICHT

Heute gelten Menschen in Kamerun als anglophon, wenn sie aus den englisch-



sprachigen Regionen im Nordwesten und Südwesten stammen, die früher als Südkamerun unter britischer Kolonialherrschaft standen. Die Anglophonen haben nach wie vor ihr eigenes Rechts- und Bildungssystem nach britischem Vorbild, das sich vom frankophonen Zivilrecht und Bildungssystem unterscheidet.

Inzwischen beanspruchen einige Frankophone für sich, anglophon zu sein, nur weil sie Englisch verstehen, sprechen und schreiben können. Das führt zu Spannungen, vor allem, wenn politische Ämter, die eigentlich Anglophonen mehr Mitspracherecht geben sollen, mit diesen Menschen besetzt werden.

Der Verlust der regionalen Autonomie, die wirtschaftliche Benachteiligung, die sich im Verfall der Infrastruktur niederschlägt, jahrzehntelange Unterinvestitionen, die Auferlegung von Französisch an englischsprachigen Schulen und die Marginalisierung durch Ernennung französischsprachiger Beamter im öffentlichen Sektor sind Faktoren, die die Anglophonen über die Jahrzehnte zunehmend frustriert haben.

## STREIKS FÜR RESPEKT

2016 streikte eine Gruppe anglophoner Anwält\*innen und Lehrer\*innen in den Regionen Nordwest und Südwest für eine fairere Behandlung und Achtung der anglophonen Identität.

Die frankophon dominierte Regierung reagierte darauf mit brutaler Gewalt. Sie setzte die von den USA ausgebildete Elite-truppe ihrer Armee – das Rapid Intervention Battalion (BIR) – ein, die sonst gegen Boko Haram kämpft.

Diese unverhältnismäßige Gewaltreaktion der Regierung radikalisierte die Menschen. Viele schlossen sich Gruppen an, die mit Waffengewalt für die Gründung eines unabhängigen englischsprachigen Staates namens „Ambazonia“ kämpfen.

Die Krise hat sich zu einem Bürgerkrieg zwischen bewaffneten Separatist\*innen- und Regierungstruppen ausgeweitet und eskaliert seither immer weiter. Da die Rebell\*innen einen Guerillakrieg führen, sind viele Zivilist\*innen ins Kreuzfeuer geraten.

Es gab Angriffe auf Schulen, grausame Tötungen, willkürliche Verhaftungen, Entführungen, Brandanschläge, Vergewal-

tigungen, Folter, Verstümmelungen, Ent-hauptungen und mehr. Menschenrechtsgruppen zufolge begehen Rebell\*innen und Regierungstruppen diese schweren Menschenrechtsverletzungen ungestraft.

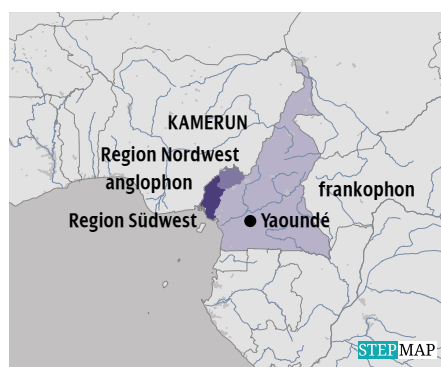
In der Hauptstadt Yaoundé, 300 Kilometer von den westlichen Regionen entfernt, sind auch Menschen, die sich als Anglophone identifizieren, Opfer von Miss-handlungen geworden. Von Anglophonen bewohnte Stadtteile werden öfter durch-kämmt und abgesperrt.

Bisher sind mehr als 6000 Menschen in diesem Zusammenhang ums Leben gekommen. Das kulturelle und wirtschaftliche Gefüge der Unruheregionen ist zerstört, viele Menschen sind verarmt, mehr als 700 000 Kinder konnten nicht zur Schule gehen. 628 000 Menschen wurden bisher innerhalb des Landes vertrieben, im benachbarten Nigeria sind mehr als 65 000 Geflüchtete registriert.

## GESPALTENE ETHNISCHE GRUPPEN

Die anglophone Krise in Kamerun ist komplex. Sie wird oft unter dem Aspekt der französisch-englischen Sprachkluft betrachtet, aber es geht um weit mehr. Die koloniale Trennung hat Gruppen mit gemeinsamer Ethnizität, Abstammung und kulturellem Erbe gespalten. Im Bezirk Kupe Muanenguba sprechen die Mbo Englisch – auf der anderen Seite des Mungo-Flusses aber Französisch. Allerdings heiraten auch immer mehr Paare aus verschiedenen ethnischen – anglophonen wie frankophonen – Gruppen.

Es ist daher fraglich, ob wirklich nur die Hinterlassenschaften des anglo-französischen kolonialen Erbes sich als tiefgreifende Indikatoren für die Identität im heutigen Kamerun erweisen, wo es doch vor der Teilung des Landes eine Vielzahl von Identitäten gab.



Der Politikwissenschaftler Bamnjo Herman Yenika von der Universität Bamenda betont, dass die anglophone Bevölkerung eine ausgeprägte kulturelle und sprachliche Identität hat und dass das Gefühl der Marginalisierung und Ausgrenzung den Konflikt

„Diese unverhältnismäßige Gewaltreaktion der Regierung radikalisierte die Menschen. Viele schlossen sich Gruppen an, die mit Waffengewalt für die Gründung eines unabhängigen englischsprachigen Staates namens ‚Ambazonia‘ kämpfen.“

in der anglophonen Gemeinschaft anheizt. Er glaubt jedoch, dass das Problem über Sprache und Identität hinausgeht. „Die anglophone Krise ist im Grunde ein politischer Kampf mit zahlreichen Ressentiments, die zu der aktuellen Situation geführt haben“, sagt Yenika.

Im Jahr 2019, nach dem „Großen Nationalen Dialog“ zur Beendigung des langjährigen Konflikts, erkannte die Regierung an, dass die anglophonen Regionen eine eigene Identität haben, obwohl dies bereits in der Landesverfassung von 1996 festgehalten ist. Den Regionen Nordwest und Südwest wurde ein Sonderstatus zuerkannt, doch viele kritisieren den rechtlichen Rahmen. Zum einen kamen die wichtigsten anglophonen Interessengruppen nicht angemessen zu Wort. Zum anderen wurden Regionalversammlungen mit begrenzten legislativen Befugnissen eingerichtet, deren Mitglieder in indirekten Wahlen gewählt werden und ihre Wahlkreise nicht wirklich vertreten.

Dennoch glaubt der in Bamenda ansässige Politikwissenschaftler Tilarious Atia, dass der Sonderstatus trotz seiner Limitationen helfen könnte, die anglophone Identität in Kamerun zu schützen. „Statt zu kämpfen, sollten die Anglophonen den Sonderstatus nutzen“, sagt er.



**AMINDEH BLAISE ATABONG** arbeitet als freier Journalist in Kamerun und berichtet über verschiedene Themen aus ganz Afrika.

[aamindehblaise@yahoo.com](mailto:aamindehblaise@yahoo.com)



Eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates im September 2023.

MULTILATERALE ORGANISATIONEN

## Geopolitik im Golfclub-Stil

**Internationale Organisationen folgen kaum festen Regeln im Hinblick auf Aufnahme oder Ausschluss von Mitgliedern. Deshalb nennt die Harvard-Professorin Christina Davis sie in ihrem gleichnamigen Buch „Discriminatory Clubs“ und untersucht, wie diese Willkür die gesamte Weltgesellschaft strukturiert.**

Von Katharina Wilhelm Otieno

Der Begriff „regelbasierte Weltordnung“ geistert seit geraumer Zeit durch multilaterale Foren und Konferenzen der internationalen Organisationen. Er prägt außenpolitische Statements vor allem von EU und USA. Akteure aus ärmeren Weltgegenden überzeugt er aber oft nicht. Ihr Hauptkritikpunkt ist, dass westliche Staaten und internationale Organisationen sich selbst oftmals nicht an die von ihnen propagierten Regeln halten.

Diese Inkonsistenz beginnt bereits damit, dass Mitgliedschaft in internationalen Organisationen äußerst flexiblen Regeln und Kriterien folgt. Christina Davis schreibt in ihrem Buch, Mitgliedschaftsentscheidungen seien zutiefst politisch. Nicht etwa Leistungsfähigkeit oder Konformität im Hinblick auf das Kernanliegen einer Organisation bestimmten, ob ein Staat aufgenommen wird, sondern geopolitische Ausrichtung.

Sie hat Satzungen verschiedener internationaler Organisationen untersucht und stellt fest, dass viele Mitgliedschaftskriterien nur vage formuliert sind. Der so entstehende Ermessensspielraum könne – von der NATO bis zur WTO – die Eintrittsbarriere für einige senken und für andere erhöhen. Nichtverbündete müssten möglicherweise einen größeren Reformaufwand betreiben.

Beitrittsregeln sind laut Davis' Befund so gestaltet, dass Auswahl durch Abstim-

mung bestehender Mitgliedsstaaten erfolgt. Das führe dazu, dass Staaten mit ähnlicher geopolitischer Orientierung eher der gleichen Organisation beitreten. Jene Orientierung misst Davis in ihren statistischen Analysen etwa anhand bestehender (bilateraler oder sicherheitspolitischer) Bündnisse und anhand des Abstimmungsverhaltens in den UN.

Die Zustimmung der bestehenden Mitglieder spiele die größte Rolle bei der Auswahl neuer Mitglieder und werde völlig willkürlich gehandhabt. Diese Kombination aus selektiver Auswahl und vagen Bedingungen macht internationale Organisationen für Davis zu „diskriminierenden Clubs“.

Der Beitritt zu einer Organisation werde so zu einem Instrument der Soft-Power-Diplomatie. Flexible Kriterien machen Mitgliedschaft zu Zuckerbrot und Peitsche, um Ziele zu erreichen, die über den Beschäftigungsbereich der Organisation hinausgehen, schreibt sie.

Andererseits sei der Ausschluss eines Staates eine Sanktionsmöglichkeit. Nur wenige Organisationen hätten dafür klare Regeln, stellt Davis fest und blickt nach Südafrika: Das Land wurde während der Apartheid nahezu aus allen internationalen

Kontexten ausgeschlossen, unabhängig davon, ob es Vorschriften eigentlich einhielt oder Beiträge pünktlich leistete. Solch ein Ausschluss ist selten, aber sehr wirkungsvoll.

### „RICH COUNTRY CLUBS“

Manche Organisationen erinnern Davis an Golfclubs: Bestehende Mitglieder legen längst nicht nur Wert auf die Golfkenntnisse neuer Anwärter, sondern auch auf deren Status. Sie nennt die OECD als Paradebeispiel des „Rich Country Club“. Hier Mitglied zu sein, sei mit Prestige verbunden – gegenüber der eigenen Bevölkerung, aber nicht zuletzt gegenüber Investoren. Gruppenmitgliedschaften signalisierten den Status eines Staates, schreibt sie.

Selbst regionale Organisationen seien versteckte „discriminatory clubs“, argumentiert Davis. Statistische Analysen von 197 regionalen Organisationen legen nahe, dass sicherheitspolitische Bindungen ebenso wichtig für eine Mitgliedschaft sind wie geografische Nähe.

Das Gleiche gelte für Organisationen, die sich ausdrücklich dem Prinzip der offenen Mitgliedschaft verschrieben haben. Auch hier gebe es Grenzen, denn es hänge vielfach von der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen ab, ob die Souveränität eines Staates anerkannt werde. Somit blieben Länder wie Palästina oder Taiwan ausgeschlossen. Außerdem gebe es laut Davis auch innerhalb der Organisationen Ungleichheit, wie die Macht der permanenten Mitglieder im UN-Sicherheitsrat verdeutliche.

Grundsätzlich beklagt Davis, den Mitgliedschaftsbestimmungen internationaler Organisationen fehlten klare Definitionen. Regionale Organisationen erwähnten „Region“, ohne geografische Grenzen derselben zu nennen. Universale Organisationen proklamierten derweil „offene Mitgliedschaft für alle Staaten“, ohne Staatlichkeit zu definieren.

So würden internationale Organisationen zu „Gatekeepern“ staatlicher Souveränität, die nur Mitgliedsstaaten zuerkannt werde. Davis zeigt somit ein Paradoxon auf: Staatliche Souveränität sei eine Voraussetzung für die Aufnahme in internationalen Organisationen, allerdings sei Mitgliedschaft ein Ausgangspunkt zur Herstellung staatlicher Souveränität.

Sie bringt hier Taiwan als Land mit leistungsstarker Regierung ins Spiel, das aufgrund seines Souveränitätskonflikts mit China und nicht aus Zweifel an künftiger Regelkonformität etwa aus der UN ausgeschlossen wird. Beispiele wie Palästina oder Taiwan zeigen, dass es bei Mitgliedschaft in den „Clubs“ um viel mehr als internationale Kooperation in bestimmten Bereichen geht. Ein Beitritt dieser beiden Länder etwa in die WHO wäre laut Davis von großem Vorteil für den globalen Gesundheitssektor. Er hätte jedoch noch weiter reichende geopolitische Konsequenzen.

„Erst nach 1945, so Davis, traten geopolitische Ausrichtungen an die Stelle imperialer, kultureller oder dynastischer Verbindungen, und ‚universelle Werte‘ ersetzen die Zivilisationsrhetorik.“

Davis führt eine Fülle an Fällen an, die ihr Argument stützen: Würde die OECD eine demokratische Regierungsführung vorschreiben oder eine strenge Leistungskontrolle bezüglich der Einhaltung all ihrer Konventionen durchführen, hätten Staaten wie die Türkei und Mexiko mehr Schwierigkeiten gehabt, Mitglied zu werden. Wäre die WTO wirklich universell, hätten außenpolitische Gründe, die nichts mit Handel zu tun haben, den Beitritt Irans nicht aufgehalten und den Beitritt Chinas nicht verzögert.

### ANARCHISTISCHE GESELLSCHAFT

Davis konzentriert sich auf die Welt nach 1945, versäumt es aber nicht zu erwähnen, dass Staaten ihre Differenzen im Laufe der Zeit auf verschiedene Art zu verringern versuchten. Im frühneuzeitlichen Europa seien dynastische Netzwerke, in Ostasien Konfuzianismus und tributäre Beziehungen strukturierende Elemente gewesen. Der Imperialismus habe viele Regionen zur Anpassung an europäische „Zivilisationsstandards“ gezwungen, die größtenteils mit Waffengewalt durchgesetzt wurden. Erst nach 1945, so Davis, traten geopolitische Ausrichtungen an die Stelle imperialer, kultureller oder dynastischer Verbindungen, und „universelle Werte“ ersetzen die Zivilisationsrhetorik.

Interessant ist ihr zaghafter Blick in die Zukunft: Sicherheitspolitische Interessen als gemeinsamer Marker in den internationalen Organisationen könnten anderen weichen. Sie ist nicht die Einzige, die dabei an Clubs der Klimaschützer denkt (Interview mit Mojib Latif, E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 03/2024, S. 18).

Diese Strukturen spielen eine wichtige Rolle, denn Davis stellt fest, dass die internationale Gemeinschaft ohne höhere Autorität eigentlich anarchistisch sei. Ordnung sei nur möglich, wenn die Institutionen dieser Gemeinschaft einem Gemeinwohl dienen.

Davis bleibt hier die Anmerkung schuldig, dass sich jene universellen Werte, die das Gemeinwohl konstituieren, auf liberale Ethik und europäische Aufklärung gründen und in vielen Weltgegenden eigenen kulturellen Werten durchaus zuwiderlaufen können.

Doch das Anliegen ihres Buches ist es grundsätzlich nicht, zu kritisieren, sondern zu analysieren. Davis macht deutlich, dass sie die Auswirkungen der diskriminierenden Mitgliedschaftsregelungen nicht untersuchen will. Sie kommt allerdings nicht umhin festzustellen, dass vage Regeln den Beitritt von Staaten begünstigen, die eigentlich nicht genügend Leistung erbringen, um dazuzugehören, und fehlende Ausschlusskriterien Regelverletzer in den Organisationen halten. Diese Dynamik führe tendenziell zu einer Überexpansion, und die Konsequenzen daraus seien Verwässerung der Statusvorteile und Verschlechterung der Leistung im Aufgabengebiet der Organisation. So entstünden Anreize zur Bildung immer neuer Organisationen.

Davis wird noch deutlicher: Wenn Staaten aufgrund sicherheitspolitischer Bindungen wenig qualifizierte Partner etwa in eine vorwiegend wirtschaftliche Organisation aufnehmen, wird die Mitgliedschaft dieser die durchschnittliche Leistungsfähigkeit senken. Doch hier macht ihr der Golfclub-Vergleich Hoffnung: Jemand, der keine Begabung für den Golfsport hat, aber zu den elitären Kreisen gehören möchte, könne schließlich auch Golfspielen lernen.



**KATHARINA WILHELM OTIENO**  
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

# Chinesisches Stahlwerk verdrängt Einheimische

Chinesische Großinvestitionen in Afrika haben massive Auswirkungen auf Gemeinden und Umwelt. Ein Beispiel ist ein neues Stahlwerk in Simbabwe.

Die chinesische Dinson Iron and Steel Company errichtet gerade das Dinson-Stahlwerk für über eine Milliarde US-Dollar in der Nähe der Gemeinde Mvuma südlich der Hauptstadt Harare. Die Regierung von Simbabwe, die die Nummer eins unter den afrikanischen Stahlexporteuren werden möchte, preist es als das größte Stahlwerk Afrikas an.

Die Menschen vor Ort zweifeln die Versprechungen und Erwartungen der Regierung an, sie bekommen bereits jetzt die negativen Auswirkungen der Industrieanlage zu spüren. Das größte Ärgernis ist die Vertreibung von ihrem angestammten Land. Der chinesische Investor erklärte, die Familien wohnten zu nahe an der Anlage und der Mine. Die Betroffenen wurden zwar mit etwa 27 Hektar Land entschädigt und bekamen Häuser gebaut. Die Häuser seien jedoch minderwertig und unbewohnbar, sagen die Familien.

Das chinesische Unternehmen hat auch eine Bohrfirma beauftragt, neue Brunnen für die Umgesiedelten anzulegen. Die Bohrfirma hat den Auftrag aber nicht beendet und ist abgezogen, als der Bohrer die vereinbarte Tiefe

erreichte. Sechs der betroffenen Familien haben sich an Menschenrechtsgruppen gewandt, um auf ihr Leid aufmerksam zu machen. Eine Familie ist bereits umgezogen, die anderen fünf müssen noch umziehen.

Farai Maguwu setzt sich mit seiner zivilgesellschaftlichen Organisation Centre for Natural Resource Governance (CNRG) für Menschen ein, die durch Minenprojekte geschädigt werden. Er bestätigt die schlechten Bedingungen, unter denen die Vertriebenen nun leben müssen. „Es gibt weder Schulen noch eine Klinik in der Nähe. Die Gräber der Familien sollten in die neue Siedlung verlegt werden. Dieser Auftrag wurde jedoch abgebrochen, nachdem die Familien die Zusammenarbeit verweigert und Entschädigungen verlangt hatten“, erklärt Maguwu.

Umweltaktivist\*innen stellen auch die Umweltverträglichkeit der Dinson-Mine in Frage. Berichten zufolge wird Dinson vorgeworfen, mit hohen politischen Entscheidungsträger\*innen Simbabwes, einflussreichen Unternehmen und sogar unabhängigen Umweltverträglichkeitsprüfer\*innen unter einer Decke zu stecken.

Es ist nicht das erste Mal, dass chinesischen Großinvestoren in Simbabwe vorgeworfen wird, die Rechte der Einheimischen mit Füßen zu treten. Das Stahlwerk in Manhize in Zentral-Simbabwe wurde 2021 beschuldigt, hunderte von Dorfbewohner\*innen von ihrem Land vertrieben zu haben, um Platz für Expansion zu schaffen. Dinson weist alle Vorwürfe zurück und behauptet, die negativen Berichte seien eine Verleumdungskampagne.

Das vom simbabwischen Präsidenten Emmerson Mnangagwa im Dezember 2022 in Betrieb genommene Dinson-Stahlwerk wird nach Angaben des Präsidenten 600 000 Tonnen Stahl produzieren, wenn es vollständig in Betrieb ist. Es soll die Stahlimporte verringern und über 20 000 Arbeitsplätze schaffen. Der Präsident verspricht, dass um das Werk herum eine „neue Smart City“ entstehen wird.

## IMPRESSUM

### E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 28.05.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

#### ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

#### BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,

Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

#### VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

#### ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1

D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

#### REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf

(DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Ssegujja Ssekandi

(Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout),

Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZ Fazit Stiftung.

#### ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

[fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

#### DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4-6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

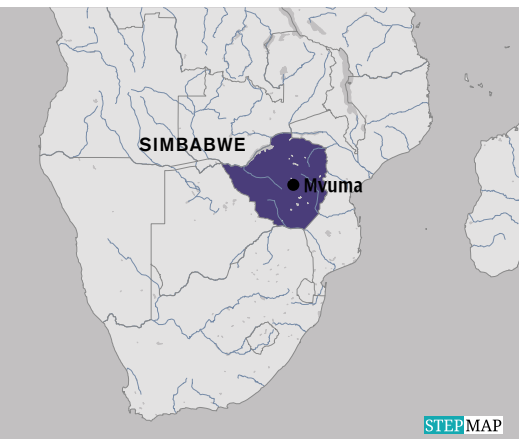
Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

#### BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



#### PROGRESS MWAREYA

ist freier Journalist im  
Osten Simbabwes.

[progressmwareya2@gmail.com](mailto:progressmwareya2@gmail.com)

## ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

# Chancen ergreifen

**Seit den 1990er-Jahren hat die Weltbank weltweit einen dramatischen Rückgang der extremen Armut ermöglicht. Dahinter verbirgt sich eine gefährliche Diskrepanz zwischen stabilen und fragilen Staaten. Die Verhandlungen über die Finanzierung der Weltbank-Tochter IDA sind eine Gelegenheit, diese Lücke zu schließen.**

Von Wale Osofisan

Im Jahr 1990 lebte mehr als einer von drei Menschen in Armut, im Jahr 2019 waren es weniger als einer von zehn. Gerade in konfliktbetroffenen und am wenigsten entwickelten Ländern ist die Zahl der Menschen in extremer Armut aber in diesem Zeitraum um 82 Prozent gestiegen.

Bis 2030 will die internationale Gemeinschaft die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen. Die Weltbank geht davon aus, dass bis dahin rund 60 Prozent aller von extremer Armut betroffenen Menschen in konfliktbetroffenen Ländern mit fragiler Staatlichkeit leben werden.

Der entwicklungsökonomische Ansatz verringert erfolgreich extreme Armut in stabilen Staaten, versagt aber in Ländern mit fragiler Staatlichkeit. Verschiedene Versuche, den Nexus aus humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden zu definieren und zu operationalisieren, haben das Leben der Menschen dort bisher nicht verbessert.

Für Krisengegenden, wo humanitäre Hilfe der erste Schritt zu nachhaltiger Entwicklung ist, ist die politische Agenda der Weltbank nicht weit genug fortgeschritten. Die neue „Evolution Roadmap“ der Weltbank legt den Fokus neben anderen globalen Herausforderungen nun auf Fragilität, Konflikte, Gewalt und Klimawandel. Das gilt als Voraussetzung, um Armut so zu beseitigen, dass die Welt für alle lebenswert bleibt.

Dies erfordert auch ein neues Modell für die Finanzierung der Weltbank und ihr Engagement in fragilen Staaten. Ein Teil der Mittel fließt über die auf Unterstützung geringst-entwickelter Länder spezialisierte IDA (International Development Association).

Um konfliktbetroffene Gemeinschaften zu erreichen, ist Flexibilität nötig. Dort, wo nationale Regierungen keine Kontrolle oder Kapazitäten haben, ist die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (NGOs) und lokalen Akteuren entscheidend. In stark dezentralisierten Regierungsstrukturen sind lokale Behörden für Dinge wie medizinische Grundversorgung, Bildung oder Wasserversorgung zuständig. Also müssen sie erstens in die Lage versetzt werden, im Krisenfall die Bevölkerung direkt zu unterstützen. Zweitens muss die lokale Zivilgesellschaft diese Maßnahmen für eine gute Regierungsführung mittragen.

Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit des International Rescue Committee (IRC) mit der Gavi Vaccine Alliance und lokalen Organisationen in Ostafrika. Im Rahmen dieser Partnerschaft wurden mehr als eine Million Dosen lebensrettender Impfstoffe an Kinder verabreicht, die zuvor nicht erreicht wurden. Vor dem Start des Programms waren nur 16 Prozent dieser Gruppe zugänglich, zuletzt waren es 77 Prozent.

Angesichts der großen Rolle von IDA bei der Bereitstellung von Mitteln für krisenbetroffene Länder bieten die diesjährigen Auffüllungsverhandlungen die Gelegenheit, neue, kontext-gerechte Mechanismen

zu testen. Die Bundesregierung unterstützt die Weltbank und IDA maßgeblich, sie ist treibende Kraft hinter der Weltbankreformagenda und sollte daher ein Vorbild sein, wie Geberregierungen IDA am besten unterstützen. Drei Optionen sind:

1. Die Geber sollten Beiträge zusage, die über den Betrag des 20. Wiederauffüllungszyklus (IDA20) von 23,5 Milliarden Dollar hinausgehen. Dann ist IDA auf dem richtigen Weg, um sich bis 2030 zu verdreifachen.

2. Weltbank und Geberregierungen sollten die IDA-Vergabemechanismen verfeinern, um Herausforderungen in den jeweiligen Ländern effizienter zu berücksichtigen.

3. Die Weltbank sollte die Auszahlung von IDA durch mehr Partnerschaften mit NGOs verbessern. Dabei sollte sie in einem ersten Schritt mit der Pilotierung von Partnerschaften in konfliktbetroffenen Ländern beginnen, um eine Evidenzbasis für diesen Ansatz zu schaffen.

Um ihre Wirksamkeit zu maximieren, müssen die Weltbankmechanismen angepasst werden. So dürften Darlehen nicht mehr ohne Berücksichtigung der langfristigen Folgen der Schuldenlast für die Empfängerländer gewährt werden. Vorrang sollte die Unterstützung in Form von Zuschüssen mit positiver Wirkung haben.



**WALE OSOFISAN**  
ist Senior Director für  
Regierungsführung bei  
International Rescue  
Committee (IRC).

[presse@rescue.org](mailto:presse@rescue.org)



**In Konfliktregionen wächst extreme Armut: Flüchtlingslager in der DR Kongo.**



Schlecht gemanagte Pandemie: 2020 mussten wegen Lockdown Millionen von Wanderarbeiter\*innen die Städte gleichzeitig verlassen.

SOZIALE UNGLEICHHEIT

## 200 Dollar-Milliardäre in Indien

**Viele alte Wahlversprechen des indischen Premierministers Narendra Modi haben sich bis heute nicht erfüllt. Von seiner Politik profitieren die Reichen.**

Von Aditi Roy Ghatak

Im Englischen sind mittlerweile viele indische Wörter geläufig, zum Beispiel Avatar (Inkarnation) oder Pundit (Gelehrter). Das Oxford English Dictionary sollte auch „Jumla“ aufnehmen – es bedeutet „falsche Wahlkampfversprechen“. Diese werden der BJP, Indiens hindu-chauvinistischer Regierungspartei, schon lange vorgeworfen. Ihre Versprechen zu nachhaltiger Entwicklung bleiben schon lange unerfüllt, obwohl BJP-Premierminister Narendra Modi seit zehn Jahren im Amt ist und nun eine weitere Amtszeit gewinnen will.

Bislang ist die Partei mit falschen Versprechen davongekommen. Vor fünf Jahren gewann sie mit nur 38 Prozent der Stimmen 294 von 543 Sitzen im Parlament. Zusammen mit verbündeten Parteien verfügt sie sogar über knapp zwei Drittel.

2019 waren Wahlversprechen für die benachteiligte Bevölkerung schnell for-

muliert – wie schon 2014. Doch die Regierung hat die Inflation nicht in den Griff bekommen. Die versprochenen Millionen von Arbeitsplätzen blieben aus. Die Agrareinkommen haben sich nicht verdoppelt; vielmehr wächst die Armut der bäuerlichen Familien und anderer Gruppen ohne nennenswertes Eigentum. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind weit verbreitet. Auch Ungleichheiten wachsen. Frauen werden systematisch schlechter bezahlt als Männer.

Im vergangenen Jahr landete Indien im Welthunger-Index (WHI) auf Platz 111 von 121 Ländern. Hunger ist also ein echtes Problem. Wie zu erwarten, stellte Indiens Regierung die Glaubwürdigkeit des WHI in Frage und warf den Autor\*innen Unredlichkeit und unzuverlässige Methodik vor. Es gebe weder Hunger noch Hungersnot, hieß es – bis das Oberste Gericht die Regierung anwies, solide Daten vorzulegen. Die zeigten dann, dass 69 Prozent der Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren 2022 auf Unter- und Mangelernährung zurückzuführen waren. Tatsächlich war die Zahl der Hungernden 2022 von 190 Millionen auf 350 Millionen gestiegen.

Es stimmt zwar, dass die Coronapandemie zur Misere beigetragen hat. Das lag jedoch auch am schlechten Pandemie-management der Modi-Regierung. Als die Krankheit noch gar nicht ausgebrochen war, verhängte sie einen strengen Lockdown, ließ dann später aber das Virus unkontrolliert durch das Land toben. Die WHO schätzt die Zahl der indischen Covid-Toten weit höher ein als die nationalen Statistiken.

Andererseits sind unter der BJP-Herrschaft die Superreichen noch reicher geworden. Von Indiens 1,4 Milliarden Menschen gehören laut Forbes nun 200 in die Dollar-milliardärsklasse. Im Finanzjahr 2022/23 entfielen auf das oberste eine Prozent Indiens 22,6 Prozent des volkswirtschaftlichen Gesamteinkommens und 40,1 Prozent des Vermögens, wie das unabhängige World Inequality Lab berichtet.

Um vom Elend abzulenken, setzt die BJP auf Hurratriotismus und tut so, als gehe es ständig bergauf. Modi behauptete kürzlich, Indien werde bald die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt sein. Tatsächlich hat die Weltbank Indien – in Kaufkraft gemessen – bereits 2011 dazu erklärt. Premierminister war damals Manmohan Singh von der Kongresspartei. Für Arme ist Kaufkraft entscheidend.

Die Reduzierung von Ungleichheit gehört zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals). Auch die ökologische Nachhaltigkeit ist wichtig, steht aber bei Modi nicht hoch auf der Tagesordnung. Seine Priorität ist Wirtschaftswachstum, von dem vor allem die kleine, aber wachsende Oligarchenelite profitiert.

Angesichts dieser Trends funktioniert Modis „Jumla“ vielleicht nicht mehr so gut wie früher. Beunruhigenderweise hetzt Modi in seiner Wahlkampfretorik nun offen gegen die muslimische Minderheit. 2014 und 2019 hatte er sich noch davor gescheut – nicht zuletzt, weil er die Leute nicht an die tödlichen Pogrome 2002 in Gujarat erinnern wollte, wo er seinerzeit Ministerpräsident war. Um von der wachsenden sozialen Ungleichheit abzulenken, verhält er sich jetzt anders.



**ADITI ROY GHATAK**  
ist freie Journalistin und lebt in Kolkata.

[aroyghatak1956@gmail.com](mailto:aroyghatak1956@gmail.com)

GLOBALE KRISEN AUF LOKALER EBENE

# An allen Fronten

**In Kenia lässt sich derzeit gut beobachten, welche Auswirkungen die multiplen globalen Krisen auf den Alltag eines Landes haben.**

Von Katharina Wilhelm Otieno

Als E+Z/D+C-Redakteurin mit Zweitwohnsitz in Nairobi arbeite ich regelmäßig von Kenia aus. In den vergangenen Wochen war die Lage im Land so bedenklich wie lange nicht mehr.

Innenpolitisch herrscht zwar Stabilität, Oppositionsführer Raila Odinga hat seinen Widerstand gegen Präsident William Ruto deutlich zurückgefahren, nachdem er im vergangenen Jahr seine Anhängerschaft zu wochenlangen Demonstrationen angeheizt hatte. Das liegt sicher auch daran, dass Odinga mit dem höchsten politischen Posten Afrikas, dem Vorsitz der Kommission der Afrikanischen Union, ein neues Ziel vor Augen hat.

Gleichzeitig war der Alltag in Kenia zuletzt derart von den multiplen globalen Krisen geprägt, dass sich wie unter einem Brennglas betrachten lässt, wie eine Gesellschaft aussehen kann, wenn die Weltgemeinschaft keine Lösungen findet.

Das Land gibt – wie viele andere Länder des Kontinents – einen Großteil seiner Einnahmen aus, um Schulden zu bezahlen. Die Staatsverschuldung hat mit fast 68 Prozent des Bruttoinlandsprodukts mittlerweile ein kritisches Niveau erreicht. Im Juni wird zudem ein Eurobond in Höhe von 2 Milliarden Dollar fällig. Im Alltag bedeutet das unter anderem, dass bei Sozialausgaben gespart wird.

So finden mehr als 3000 Assistenzärzt\*innen keine Anstellung, auch wenn die öffentlichen Krankenhäuser völlig unterbesetzt sind. Eine große Ärzt\*innengewerkschaft hat deshalb Anfang März zum Streik aufgerufen. Fast die Hälfte aller registrierten Mediziner\*innen in Kenia legte daraufhin für 56 Tage die Arbeit nieder. Die Krankenhäuser waren leergefegt, eine Vielzahl von Menschen konnte nicht behandelt werden. In manchen Krankenhäusern fehlte es zudem an Medikamen-

ten oder Essen. Der Streik traf die Ärmsten am härtesten, die kein Geld für die teuren privaten Krankenhäuser haben.

Nicht nur Ärzt\*innen, auch dringend benötigtes medizintechnisches oder Pflegepersonal hat kaum Chancen auf Arbeit. Auf unbezahlte Praktika folgt erzwungene „Freiwilligenarbeit“, die die Krankenhäuser in verzweifelten Versuchen, das Personal zu binden, fordern – bis irgendwann wieder Gelder da sind.

Er schlafe seit Wochen in der Ambulanz oder bei Freund\*innen, erzählte ein Medizintechniker – Geld für die Miete sei schon lange nicht mehr da. Bei der ersten Gelegenheit, im Ausland angestellt zu werden, verlasse er Kenia. Er ist nicht der Einzige mit diesem Plan. Dass in Europa großer Mangel an Fachkräften herrscht, ist in Kenia allseits bekannt.

Auch den Bildungssektor trifft es. Die öffentlichen Schulen erhielten Anfang des Jahres nur rund die Hälfte des geplanten Budgets. Schwierigkeiten, den Betrieb überhaupt aufrechtzuerhalten, kulminierten darin, dass die Schüler\*innen – mal wieder – zwei Wochen früher in die Osterferien geschickt wurden. Die Öffnung der Schulen wurde dann im letzten Moment um noch eine Woche nach hinten verschoben.

Das lag wiederum daran, dass eine ungewöhnlich heftige Regenzeit durch das Land gewütet hat. In den Slumgebieten standen riesige Flächen wochenlang unter Wasser. Mehr als 250 Menschen kamen ums

Leben, Dutzende wurden vermisst. Das Rote Kreuz schickte beinahe täglich Warn-SMS vor Dammbürchen und Fluten aus verschiedenen Landesteilen. An Infrastrukturverbesserungen oder andere Anpassungsmaßnahmen ist in der derzeitigen Lage nicht zu denken. Die einzige Region, die die langen Regenfälle herbeigesehnt hat, ist der Norden, der sich kaum von der extremen Dürre Ende letzten Jahres erholt hat. Aber auch hier waren nun viele Gebiete überflutet.

Immerhin ist die Inflation ein wenig zurückgegangen und Lebensmittel- und Benzinpreise sind gesunken. Zu spüren ist davon allerdings noch wenig. Wenn Hilfsorganisationen Nahrungsmittel verteilen, kommen selbst alte oder kranke Menschen auch in vermeintlich stabilen Regionen nach wie vor für zwei Packungen Maismehl aus weit entfernten Dörfern.

Kenia zählt zu den zehn größten Volkswirtschaften Afrikas. Im Human-Development-Index-Ranking des Kontinents liegt es auf Platz 17. Das Land ist im afrikanischen Vergleich sicherlich weder am stärksten von all den globalen Krisen betroffen noch leistet es die schlechteste Arbeit im Umgang mit ihnen.

Außerdem herrscht in Kenia Frieden. Es dürfte damit klar sein, in welcher Lage sich konfliktgeplagte Länder am unteren Ende der Skala wie Burkina Faso, die Zentralafrikanische Republik oder der Südsudan befinden, wenn bereits vermeintlich stabile Länder wie Kenia unter der Last all der Probleme einzuknicken drohen.



**KATHARINA WILHELM OTIENO**  
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)



**Ärzt\*innen-Proteste in Nairobi Anfang März.**

GEWÄHLTE REGIERUNG

# Umbruch im Senegal

**Bassirou Diomaye Faye hat die Präsidentschaftswahlen in Senegal mit einem Erdrutschsieg gewonnen. Das Ergebnis zeigt nicht nur, dass die Demokratie in dem westafrikanischen Land lebendig ist, sondern auch, dass die Menschen dort den Einfluss westlicher Regierungen ablehnen.**

Von Markus Rudolf

Nach Diomayes Triumph wurde Senegal als Hoffnungsträger der Demokratie in einer unruhigen Weltregion gefeiert. Da in benachbarten Mitgliedsländern der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) die gewählten Regierungen durch Militärputsche gestürzt worden waren, hoben westliche Medien nun hervor, dass es in Senegal seit der Unabhängigkeit 1960 friedliche Machtwechsel, eine starke Zivilgesellschaft, eine unabhängige Justiz und einen gut funktionierenden Sicherheitssektor gebe.

Leider ist das nicht das ganze Bild. Spanische zivilgesellschaftliche Organisationen fordern, dass die EU untersucht, welche Rolle sie beim Tod senegalesischer Protestierender gespielt hat, als der vorherige Präsident Macky Sall am Ende seiner Amtszeit Neuwahlen verhinderte. Die spanischen Aktivisten vermuten, dass Spezialkräfte verantwortlich sind, die die EU als Grenztruppen ausgerüstet hat.

Die Demokratie in Senegal scheint auch in anderer Hinsicht angeschlagen zu sein. Dass sie als Vorbild gilt, liegt vor allem daran, dass sie Angriffe auf ihre Grundfesten immer wieder überstanden hat. Auch Salls Vorgänger, Abdoulaye Wade, ist 2012 erst durch den Druck der Straße aus dem Amt geschieden. Die staatlichen Institutionen schritten, wie auch diesmal, erst dann gegen die verfassungswidrige Mandatsverlängerung ein, als breit angelegte Protestbewegungen ausgebrochen und Versuche, sie zu unterdrücken, gescheitert waren.

Es ist bezeichnend, dass Beobachtungen aus westlichen Ländern die diesjährige verschobene Wahl falsch eingeschätzt und trotz Salls Unpopularität einen knappen Ausgang vorausgesagt hatten. Ihre Fehleinschätzung spiegelt die Kluft zwischen der kleinen Führungselite Senegals, der vermeintliche Fachleute ihre Aufmerksamkeit schenken, und der Mehrheit des Volkes wider.

In westlichen Medien herrscht seit geraumer Zeit Ratlosigkeit darüber vor, warum die Demokratie in ECOWAS-Ländern scheinbar abgewirtschaftet hat. In den Augen der Menschen vor Ort haben die gewählten Regierungen oft schlicht versagt. Wo westliche Beobachtungen Stabilität sehen, erleben Bürger\*innen schlechte Regierungsführung, Korruption und mangelnde Unabhängigkeit der Justiz. Da die Ent-

wicklungshilfe ihr Leben nicht verbessert hat, sieht die Bevölkerung sie vor allem als Zahlungen für die bereitwillige Zusammenarbeit der Eliten mit den Geberregierungen.

Es passt in dieses Bild, dass westliche Medien Diomaye und seinen prominenten Premierminister Ousmane Sonko nun als Populisten darstellen, die die Demokratie bedrohen – anstatt darauf hinzuweisen, dass Diomayes Wahlsieg auf den Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Vorgängerregierung zurückzuführen ist, die von westlichen Regierungen unterstützt wurde, aber nur den Interessen der Eliten diene.

Viele Menschen in Senegal sagen, dass es an der Zeit ist, dass das Land nach sechs Jahrzehnten seine Unabhängigkeit nicht nur formal erlange. Sie ärgern sich über den anhaltenden Einfluss des Westens auf Regierungsführung und Wirtschaftssystem. Sie haben erlebt, wie korrupte Regierungen die Grundrechte mit Füßen getreten und sich mit nur formal demokratischen Methoden Pfründe und Machtpositionen gesichert haben. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Bevölkerung ihr Vertrauen in Verfassung und Wahlen noch nicht verloren hat.

Diomaye und Sonko versprechen, Korruption zu bekämpfen, Arbeitslosigkeit zu verringern, die Inflation unter Kontrolle zu bringen und die Autonomie Senegals hinsichtlich Energie und Ressourcen zu fördern. Sie haben auch erklärt, dass sie sich gegen den Einfluss Frankreichs wehren wollen, ohne jedoch bisher eine aggressive Konfrontationshaltung gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht einzunehmen.

Ein Erfolg bei der Umsetzung der Wahlversprechen würde die Demokratie des Landes stärken, ein Scheitern kann sie leicht weiter aushöhlen. Kritik an den Wahlsiegern Diomaye und Sonko widerspricht in den Augen der Wähler\*innen internationalen Forderungen nach mehr Demokratie in der Region. Wenn es den westlichen Regierungen damit ernst ist und sie glaubwürdig auftreten möchten, sollten sie mit der gewählten neuen Führung Senegals konstruktiv zusammenarbeiten.



**Diomaye-Unterstützer\*innen bei einer Wahlkampfkundgebung im März.**



**MARKUS RUDOLF**  
ist bei der Addis Ababa  
University assoziierter Senior  
Researcher.

[markus.k.rudolf@googlemail.com](mailto:markus.k.rudolf@googlemail.com)



ISRAEL UND PALÄSTINA

## „Das ist dreist für einen israelischen Spitzenpolitiker“

Israels Regierung erklärt für sie ungünstige Entwicklungen regelmäßig mit Antisemitismus. Das gilt auch für die Beantragung von IStGH-Strafanträgen gegen zwei ihrer Spitzenpolitiker, die Anerkennung Palästinas durch Spanien, Irland und Norwegen und die IGH-Forderung, den Angriff auf Rafah zu stoppen. Prominente jüdische Stimmen widersprechen aber Israels Regierung.

### Jüdische Medienstimmen

Am 20. Mai teilte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, mit, er beantrage Haftbefehle für drei Hamas-Anführer (Yahya Sinwar, Mohammed Deif und Ismail Haniyeh) sowie Israels Premierminister Benjamin Netanjahu und Verteidigungsminister Yoav Gallant. Am 22. Mai erklärten Spanien, Irland und Norwegen, sie würden Palästina als unabhängigen Staat anerkennen. Am 24. Mai verfügte der Internationale Gerichtshof (IGH), Israel müssen den Angriff auf Rafah im Gaza-Streifen stoppen. Ein Kernpunkt der Reaktion der israelischen Regierung war, diese Schritte belegten ungehemmten Antisemitismus. Prominente jüdische Stimmen widersprachen ihr. Wir zitieren hier vier von ihnen. (Die Originalquellen sind per Klick auf die Überschrift aufrufbar.)

### KENNETH ROTH IM GUARDIAN:

Khan ist der dritte und bislang erfahrenste Chefankläger des IStGH. Meine Gespräche mit ihm seit seinem Dienstantritt legten nahe, dass er ein konservatives Amtsverständnis hat. Ohne solide Beweise dürfte er keine Anklagen erwägen. (...)

Der Bedarf an soliden Beweisen ist vermutlich der Grund, weshalb Khan an Israels Hungerstrategie ansetzt. Dafür gibt es nämlich viele Belege. Israel ließ keine Ermittler nach Gaza. Dort würde Khan normalerweise wegen unverhältnismäßiger und wahlloser gezielter Bombardierung ermitteln wol-

„Wenn der Vorwurf des Antisemitismus als fadenscheinige Legitimation von Kriegsverbrechen verstanden wird, entwertet das dieses Konzept.“

len. Es könnte also bald zusätzliche Anklagen geben.

Ausflüchte prägten Netanjahus Reaktion. Er sagte, die avisierten Anklagen sei-

en ein Versuch, „Israel das Grundrecht auf Selbstverteidigung streitig zu machen“. Das ist Unfug. Es geht nicht um das Ob, sondern das Wie – also eben nicht mit Kriegsverbrechen. Er behauptete, Israel habe „beispiellose Maßnahmen ergriffen, um Notleidenden in Gaza humanitäre Hilfe zu leisten“. Dem widersprechen aber die umfangreichen Belege für Israels willkürliche Obstruktion von Nahrungsmittel-, Medikamenten- und anderen Lieferungen für Gazas Zivilbevölkerung, wegen der in Teilen dieses Gebiets nun Hunger herrscht. Dafür hat selbst die US-Regierung die Netanjahu-Regierung deutlich kritisiert.

Auf das gewohnte, allerletzte Argument zur Verteidigung Israels zurückgreifend, warf Netanjahu Khan vor, er giesse „kaltblütig Öl in die weltweit auflodernden Feuer des Antisemitismus“. Das ist dreist für einen israelischen Spitzenpolitiker, dem es nicht schwerfällt, sich mit einem Antisemiten – dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán – gemein zu machen, wenn es



„Konservatives Amtsverständnis“: Karim Khan, der IStGH-Chefankläger, während einer Pressekonferenz in der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine im September 2023.

denn seinen Interessen dient. Es gefährdet zudem jüdische Menschen weltweit. Wenn der Vorwurf des Antisemitismus nämlich als fadenscheinige Legitimation von Kriegsverbrechen verstanden wird, entwertet das dieses Konzept in einer Zeit, in der es starken Schutz braucht.

**Kenneth Roth ist Gastprofessor an der Princeton University und war von 1993 bis 2022 Geschäftsführer von Human Rights Watch.**

### **TSAFRIR COHEN IN PRESSEMITTEILUNG VON MEDICO INTERNATIONAL:**

Es braucht ein deutliches Umdenken seitens der Bundesregierung in ihrer Politik gegenüber Israel und den Palästinenser\*innen. Das Vorgehen des IstGH scheint erneut zu bekräftigen, was weltweit für Empörung sorgt und in Deutschland dennoch bezweifelt und teilweise negiert wird: dass sich Israels Militär auf einem mörderischen Kurs befindet und die Bundesregierung auf Abwegen unterwegs ist. Während Deutschland eine Verfolgung von Verbrechen der Hamas zu Recht unterstützt, trägt es mit seiner aktuellen Politik gegenüber der Regierung Netanjahus nicht nur zur Unterstützung etwaiger Kriegsverbrechen bei, sondern in der Folge auch zur Erosion von Völkerrecht und Völkerstrafrecht. (...)

So wie sich die deutsche Regierung in anderen Fällen schwerer Rechtsbrüche auf die Seite des Menschenrechts gestellt hat, wie im Falle des IGH-Verfahrens Gambias gegen Myanmar wegen dessen Verbrechen an den Rohingya oder im Fall der Ukraine, so muss derselbe Standard auch hier gelten. Alles andere wäre eine Schwächung des Rechts und ein weiterer Verlust der eigenen Glaubwürdigkeit.

**Tsafir Cohen ist Geschäftsführer von medico international.**

### **THOMAS L. FRIEDMAN IN DER NEW YORK TIMES:**

Mehr als 140 Länder und der Heilige Stuhl haben das Recht der Palästinenser\*innen auf einen eigenen Staat im Westjordanland, in Gaza und Ostjerusalem anerkannt. Was an der jüngsten Entwicklung bemerkenswert ist, ist, dass wichtige westeuropäische Länder und die USA sich diesem Schritt bislang bisher mit dem Argument, Frieden müsse zuerst zwischen den beiden Konflikt-

parteien ausgehandelt werden, verwehrt hatten. Bisher.

Ich konzentriere mich immer auf praktische Fragen: Wird diese Anerkennung eines nichtexistenten Staates Palästina mit unbestimmten Grenzen zu der einzig dauerhaften Lösung führen, nämlich echtem Frieden zwischen zwei Staaten für zwei in die Region gehörende Gemeinschaften: der jüdischen und der palästinensischen? Die Antwort ist sowohl Ja als auch Nein.

Kurzfristig wird die diplomatische Anerkennung durch verwandte Demokratien die israelische Öffentlichkeit nicht bewegen. (...) Langfristig sind es aber solche Schocks, die Israels Oppositionsspitzen dazu bringen können, sich endlich aus dem Sog von Premierminister Benjamin Netanjahu – er bestimmt, was zu diesem Thema gesagt und nicht gesagt werden darf – zu befreien und eine Zweistaaten-Lösung zu fordern, mit der Israel leben kann. Sollte das nicht geschehen, stehen Israel schmerzhafteste Zeiten bevor.

**Thomas L. Friedman ist außenpolitischer Kommentator der New York Times.**

### **NOA LANDAU IN HAARETZ:**

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat abermals gezeigt, dass er – anders als von der massiven Medienkampagne der Netanjahu-Regierung gegen ihn behauptet – versucht, seiner historischen Rolle unter bislang nicht gesehenen Restriktionen und Druck samt politischen Drohungen gerecht zu werden. Zum zweiten Mal zeigte er am vergangenen Freitag, dass er Israels Staatsbürgerschaft nicht das Recht auf Sicherheit und Selbstverteidigung streitig macht, dass er aber darauf besteht, dass bei Kampfhandlungen internationales Recht berücksichtigt werden muss. (...)

So wie Netanjahu und seine Koalitionspartner das Vertrauen der Öffentlichkeit in Israels Justizsystem untergraben und zerstören wollen – der Premierminister aus persönlichen Motiven und die anderen wegen ihrer extremistischen Weltanschauung –, so greifen sie nun auch das Ansehen internationaler Gerichte an. Es ist Zeit, sich nicht nur von Netanjahu als Person zu lösen, sondern auch von seinen Narrativen, die er hierzulande seit mehr als zehn Jahren geprägt hat.

**Noa Landau ist stellvertretende Chefredakteurin der Tel Aviver Zeitung Haaretz.**

## Leserbriefe

### **DEUTSCHLANDS „EIGENTLICH GUTES ANSEHEN“ IN GEFAHR**

**Hans Dembowski: Fehlgeleiteter Kampf gegen Antisemitismus (E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 2024/05)**

Ich habe mich sehr über diese hervorragende Ausgabe von E+Z/D+C gefreut, insbesondere über den differenzierten Artikel zu Antibeziehungsweise fehlgeleitetem Philosemitismus im deutschen Diskurs. Die deutsche Politik und insbesondere die Ampel-Regierung isoliert sich hier international und gefährdet das eigentlich international gute Ansehen Deutschlands insbesondere in den afrikanischen und arabischen Partnerländern. Ich hoffe, dass E+Z/D+C dazu beitragen wird, in Berlin endlich ein Umdenken zu veranlassen und Israelkritik nicht dauerhaft als antisemitisch zu werten.

**Ulrich Nitschke, Partnerschaftsverein Bonn-Ramallah**

Wir sehen klar, worauf die Palästina-Geschichte hinausläuft. Das ist ein Kurs der Vernichtung. Wie viele andere Menschen weltweit haben wir keinen Zweifel daran, dass das, was geschieht, Völkermord, Apartheid und auch Kolonialismus ist. Was wir uns fragen, ist nur, weshalb das im Fall Israels geduldet wird. Ich lese die Kommentare von weißen, westlichen Autor\*innen und fühle mich daran erinnert, wie diese Art von Fachleuten vor vielen Jahren erklärte, warum Nordvietnam zu Staub gemacht werden müsste oder weshalb Pinochet, Marcos und das Apartheidregime in Südafrika Unterstützung verdienten. Wenn ich sage, dass die Wut wächst, spreche ich für viele Menschen, deren Hautfarbe nicht weiß ist.

**Alan C. Robles, Manila**

SCHWERPUNKT

# BRICS plus Partner

## Erweiterung könnte Allianz schwächen

Von André de Mello e Souza (S. 20)

## Kein koordiniertes Westafrika-Konzept

Interview mit Vladimir Antwi-Danso (S. 22)

## Ernsthafte interne Spannungen

Von Henning Melber (S. 24)

## Warum Malawi die Beziehungen zum Westen aufrechterhalten will

Von Geoffrey Mzumara (S. 26)

## Chinas globale Bestrebungen

Von Matthias von Hein (S. 28)

## Nepal ist zwischen zwei Giganten eingeklemt

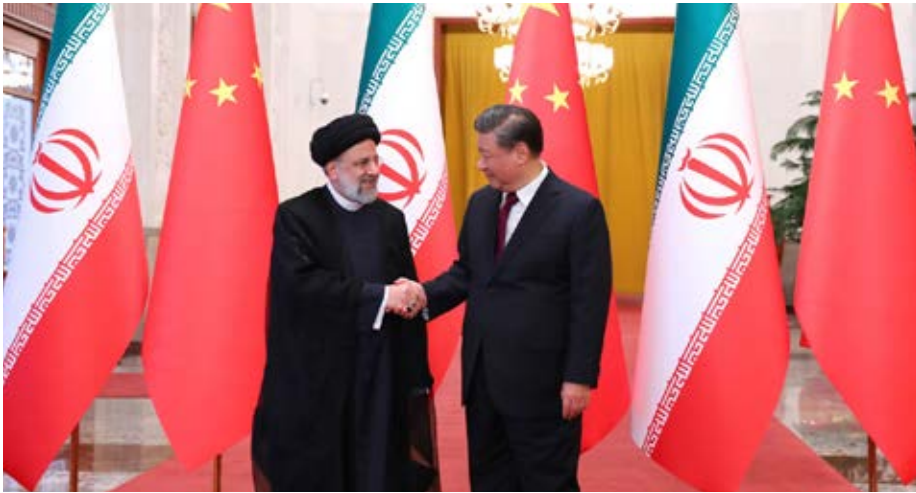
Von Rukmanee Maharjan (S. 30)

## Vier Szenarien für Indiens Außenpolitik

Von Jörn Geißelmann und Johannes Kummerow (S. 31)

Dilma Rousseff, Präsidentin der Neuen Entwicklungsbank (NDB), bei der Jahrestagung der Bank in Shanghai, 2023.





Iran und China profitieren wohl am meisten von der BRICS-Erweiterung: Irans kürzlich verstorbener Präsident Ebrahim Raisi und der chinesische Präsident Xi Jinping im Februar 2023.

#### INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

## Warum die BRICS+ schwächer sein könnten als erwartet

Durch Aufnahme von bis zu sechs neuen Mitgliedern in ihre informelle Gruppe könnten die BRICS – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – ihre Fähigkeit beeinträchtigen, kollektiv zu agieren.

Von André de Mello e Souza

In einer 2001 veröffentlichten Studie prägte Goldman-Sachs-Ökonom Jim O'Neill den Begriff BRIC für Brasilien, Russland, Indien und China. Das Akronym sollte Anleger\*innen auf Schwellenländer aufmerksam machen, die höhere Wachstumsraten hatten als Länder mit hohem Einkommen. Diese Länder waren zudem bedeutsam hinsichtlich Bruttoinlandsprodukt, Bevölkerung und Territorium. Heute mag es ironisch wirken, dass der Begriff durch einen Wall-Street-Banker geprägt wurde – und zunächst keine politischen Ambitionen beinhaltete.

Das Akronym wirkte. Die Staats- und Regierungschef\*innen der BRIC-Länder begannen, sich zu treffen und auszutauschen. Erst am Rande internationaler Events, seit 2009 dann bei regelmäßigen BRIC-Treffen.

So wurde BRIC zu einer politischen Realität. Ziel war – entsprechend der wachsenden Wirtschaftskraft der Mitgliedsländer – mehr Mitsprache in internationalen Institutionen, besonders bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF).

Südafrika trat 2010 auf Chinas Initiative hin bei. Durch Aufnahme der größten und am weitesten entwickelten Volkswirtschaft Afrikas konnten die informellen BRICS nun den Anspruch erheben, diesen Kontinent zu vertreten. Für die vier anderen Mitglieder wurde Südafrika das Tor zum afrikanischen Kontinent. Zugleich wurde der IBSA geschwächt, der homogenere Zusammenschluss von Indien, Brasilien und Südafrika. Alle drei Länder haben voll funktionstüchtige demokratische Verfassungen.

Der Westen war den BRICS gegenüber immer skeptisch. Beobachter\*innen wiesen auf divergierende Interessen der fünf recht unterschiedlichen Länder hin, die weder historisch viel gemein hatten noch politisch und wirtschaftlich stark interagierten. Als regionale Anführer, die Asien, Südamerika oder Afrika repräsentieren, waren die Mitglieder auch kaum zu betrachten.

Dennoch haben sich die BRICS-Initiativen international auf verschiedene mehr oder weniger institutionalisierte Bereiche ausgedehnt – von Denkfabriken und Wissenschaft bis hin zu Zivilgesellschaft, Unternehmen, Gesundheitswesen und Steuerbehörden. Besonders das Gesundheitswesen schien für eine Zusammenarbeit vielversprechend. In den BRICS-Ländern sind HIV/Aids und arzneimittelresistente Tuberkulose weit verbreitet. Zugleich verfügen sie aber auch über beeindruckende Kapazitäten zur Herstellung von Impfstoffen und Medikamenten.

Das internationale Finanzwesen war und ist allerdings der wichtigste Bereich, in dem die BRICS eine gemeinsame Agenda verfolgen. Im Jahr 2008 griff die Finanzkrise von den USA schnell auf Westeuropa über; die Schwellenländer traf sie aber kaum. Folglich schien es nur logisch, Reformen der internationalen Finanzinstitutionen zu fordern. Als sich die alteingesessenen Mächte weigerten, den BRICS zügig mehr Mitspracherecht im gewünschten Umfang einzuräumen, gründeten diese ihre eigenen Institutionen. Die in Shanghai ansässige New Development Bank (NDB) dient als Gegenspieler der Weltbank und das Contingent Reserve Arrangement als ein Gegenspieler des IWF.

Die westliche Skepsis war nicht ganz falsch. Als 2014 in Brasilien eine Rezession begann, fragten sich einige, ob das Land wirklich in die BRICS gehört. Auch Südafrikas Wirtschaft schlitterte in die Stagnation. Hinzu kommen langjährige territoriale Konflikte zwischen Indien und China.

Auch Chinas dominante Rolle innerhalb der BRICS und sein enormer geostrategischer Einfluss bedrohen den Zusammenhalt der Gruppe. Zu einem Kollaps haben die internen Spannungen jedoch bisher nicht geführt.

Schon vor dem Angriff auf die Ukraine 2022 strebte Russland danach, die BRICS zu einer anti-amerikanischen, wenn nicht gar anti-westlichen Gruppe zu machen. China steht den USA in geostrategischer und wirtschaftlicher Hinsicht ähnlich antagonistisch gegenüber. Westliche Beobachter\*innen glauben, dass die BRICS zum Instrument eines aufkeimenden neuen Kalten Krieges werden könnten.

Die BRICS sind weiterhin aktiv, auch wenn Russlands Staatschef Wladimir Putin 2023 wegen eines Haftbefehls des Internati-

onalen Strafgerichtshofs (IStGH) nicht zum Gipfel nach Südafrika reiste. Südafrika hat das IStGH-Statut unterzeichnet und hätte ihn festnehmen und ausliefern müssen. Putin scheute davor zurück, Südafrika in einen Loyalitätskonflikt zwischen BRICS und IStGH zu bringen.

## DER WEG ZU BRICS+

Auf dem BRICS-Gipfel 2023 wurde beschlossen, neue Mitglieder aufzunehmen – auf Drängen Chinas, unterstützt von Russland. Indien und Brasilien lehnten das zunächst ab, akzeptierten aber, weitere Länder als Beobachter oder mit einem anderen Nichtmitgliedschaftsstatus aufzunehmen.

Bis 2023 hatten mehr als 40 Länder Interesse an einem Beitritt bekundet, und 23 hatten einen formellen Beitrittsantrag gestellt. In Johannesburg setzte sich der Vorschlag Chinas (und Russlands) durch. Sechs neuen Mitgliedern wurde der BRICS-Beitritt erlaubt: Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).

Indonesien lehnte die Einladung beizutreten ab. Wenige Monate nach dem Gipfel entschied sich der neue argentinische Präsident Javier Milei gegen einen Beitritt, zur Enttäuschung der brasilianischen Regierung, die ihren Nachbarn und Mercosur-Partner gern als BRICS-Mitglied gesehen hätte. Saudi-Arabien ist formell noch nicht beigetreten, dürfte dies aber bald tun.

Die weiteren vier Länder – Ägypten, Äthiopien, Iran und VAE, alle im Nahen Osten und Umgebung gelegen – sind nun BRICS+-Mitglieder. Zwei sind große Erdölproduzenten, Saudi-Arabien wird wohl ein weiteres an fossilen Brennstoffen reiches Mitglied.

Die Länderauswahl spiegelt Chinas Interesse wider, dem Einfluss der USA im Nahen Osten entgegenzuwirken. Indien und Südafrika sind wie China am Zugang zu fossilen Brennstoffen interessiert. Eine weitere Entdollarisierung der Energiemärkte ist zu erwarten und würde allen BRICS+-Mitgliedern entgegenkommen.

Die vier BRIC-Mitglieder hatten es von Anfang an schwer, ihre Interessen in Einklang zu bringen. Abgesehen von Erfolgen im Bereich der internationalen Finanzen hat die Gruppe eher wenig vorzuweisen. Besonders beim Thema internationale Sicherheit geht jeder seiner eigenen Wege.

Viele mögen denken, die neuen Mitglieder würden die Gruppe stärken. Schließlich sind das gemeinsame BIP, das Gebiet, die Bevölkerung, die natürlichen Ressourcen et cetera deutlich größer geworden. Die tatsächliche Stärke der BRICS liegt aber nicht primär in der gemeinsamen Bedeutung ihrer Volkswirtschaften, sondern in ihrer Fähigkeit, kollektiv zu handeln. Allerdings spielen diesbezüglich lange bestehende Spannungen zwischen einigen Neumitgliedern eine Rolle. Beispielsweise könnte die Nutzung des Nilwassers als kontroverses Thema zwischen Äthiopien und Ägypten eine Rolle spielen.

„Das Hauptziel der erweiterten BRICS ist immer noch unklar. Der ultimative Plan von China und Russland könnte sein, die US-Hegemonie zu bekämpfen. Aber werden andere Mitglieder da mitgehen?“

Wichtiger ist letztlich wohl, dass Iran und Saudi-Arabien um die Vorherrschaft im Nahen Osten konkurrieren. Die VAE sind ein enger Verbündeter der Saudis und streiten sich zudem mit Iran über Inseln im Persischen Golf. Beide Golfmonarchien pflegen jahrzehntelange enge Beziehungen zu den USA. Andererseits konnte China eine Annäherung zwischen Saudi-Arabien und Iran herbeiführen – was sich auf die gesamte Region auswirken könnte.

Wissenschaftler\*innen weisen seit Langem darauf hin, dass kollektives Handeln in kleineren Gruppen einfacher ist als in größeren. Jedes einzelne Mitglied hat dann mehr Einfluss auf gemeinsame Entscheidungen, und das Monitoring ist einfacher und günstiger. Selbst mit nur fünf Mitgliedern war kollektives Handeln für die BRICS oft schwierig. Mit vier – vielleicht sogar fünf – zusätzlichen Mitgliedern könnten diese Schwierigkeiten unüberwindbar werden. Das einzige Gründungsmitglied, dessen Einfluss voraussichtlich wächst, ist China.

Frappierend ist auch, dass nach Argentinien Ausscheiden keines der neuen Mitglieder eine Demokratie ist. Keines steht hinsichtlich Menschenrechten, Ge-

schlechterrechten oder Minderheitenrechten gut da. Diese Themen standen nie oben auf der BRICS-Agenda und werden es jetzt erst recht nicht tun.

## WAS NUN?

Von den neuen BRICS+-Mitgliedern profitiert wohl Iran am meisten, da er damit aus seiner Isolation herausfindet und mehr Chancen für Handel und Investitionen bekommt. Auch der nichtdollarisierte Handel wird ihm helfen. Anders gesagt: Die BRICS+ werden zu einem weiteren Kanal für Chinas Einfluss. Sollten sie aber nicht mehr in der Lage sein, kollektiv zu handeln, könnten sie irrelevant werden.

Das Hauptziel der erweiterten BRICS ist immer noch unklar. Der ultimative Plan von China und Russland könnte sein, die US-Hegemonie zu bekämpfen. Aber werden andere Mitglieder da mitgehen? Obwohl auch Indien, Südafrika und Brasilien bisher distanziert zu Washington standen, waren sie in der Vergangenheit offener für eine Kooperation mit westlichen Regierungen. Außer Iran sind die neuen Mitglieder zudem seit Langem prowestlich eingestellt.

Die BRICS+ dürften somit wenig Einfluss auf internationale Angelegenheiten haben. Was die Beziehungen innerhalb der BRICS+ angeht, scheinen die Aussichten auch nicht viel rosiger. Wenn sie schon vor der Erweiterung keine konkreten Ergebnisse erzielen konnten, wird es nun noch weniger gelingen. Selbst China scheint sich abzusichern. Statt die NDB zu stärken, gründete das Land die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) in Peking – eine weitere multilaterale Entwicklungsbank, an der allerdings westliche Mitgliedsländer beteiligt sind.

Eine einheitliche Haltung der BRICS+ in wichtigen globalen Fragen ist nicht in Sicht. Das ausdrückliche Ziel der Gruppe, „die Stimme des globalen Südens“ zu werden, erscheint übertrieben angesichts dessen, dass ihr nur ein einziges der am wenigsten entwickelten Länder – Äthiopien – angehört.



**ANDRÉ DE MELLO E SOUZA** ist Wirtschaftswissenschaftler beim staatlichen Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (IPEA) in Brasília.

X (Twitter): @A\_MelloSouza



Mit russischen Fahnen feierten Demonstrierende im August 2023 in Nigers Hauptstadt Niamey den Militärputsch.

RUSSLAND UND CHINA

## Neuer Wettkampf um Afrika

Verschiedene Regierungen interessieren sich für die Ressourcen Afrikas und möchten militärisch Fuß fassen. Die Mitglieder der BRICS koordinieren ihre Politik dabei jedoch nicht, wie Vladimir Antwi-Danso von der ghanaischen Streitkräfte-Hochschule im E+Z/ D+C-Interview erläutert.

Vladimir Antwi-Danso im Interview mit Hans Dembowski

**Russland scheint westafrikanischen Militärregimen Stabilität zu versprechen. Geht es dabei mehr um Gewaltanwendung und Unterdrückung von Dissens?**

Die gescheiterte Intervention Frankreichs, welche die Sahel-Region stabilisieren sollte, hatte kinetische und nichtkinetische Dimensionen. Kinetisch bedeutet Gewaltanwendung. Einerseits sollten Aufständische bekämpft werden, andererseits aber sollten der Bau von Dingen wie Straßen und Krankenhäusern sowie Demokratieförderung Herzen und Köpfe gewinnen. Aus offensichtlichen Gründen verlassen sich Militärs auf Gewaltanwendung. Nichtkinetische Dinge bleiben wichtig, aber Russland zeigt daran kaum Interesse. Ich sage seit Langem, dass Frankreich und seine Verbünde-

ten, also auch Deutschland, beim Versuch, nichtkinetisch zu agieren, tief liegende Probleme nicht verstanden haben.

**Und zwar?**

Am wichtigsten ist, dass große ethnische Gruppen – besonders die Tuareg – sich nicht mit den Nationalstaaten identifizieren, zu denen sie gehören sollen. Die Tuareg fordern seit Langem einen eigenen Staat und kämpfen auch dafür. Sogenannte „Islamisten“ stützen sich im Norden des Sahel auf seit Langem schwelenden, örtlichen Ärger. Wie ich Ihnen vor einigen Monaten sagte, halte ich Glaubensfragen für relativ unwichtig. Entscheidend ist, dass es in den Problemgebenden eigentlich nie Staatlichkeit gab, außer wenn Sicherheitskräfte Gewalt anwendeten. Daran hat auch das französische Militär nichts geändert. Auch die russischen Söldner, die früher für Wagner im Einsatz waren und jetzt unter neuem Namen direkt dem Moskauer Verteidigungsministerium unterstehen, werden das nicht tun.

**Bekommen sie die Aufständischen in den Griff?**

Das ist schwer zu beurteilen. Unabhängige Faktenchecks sind praktisch unmöglich.

Wenn eine staatliche Stelle erklärt, soundso viele „Terroristen“ seien ausgeschaltet worden, wissen wir nicht, wie viele von ihnen wirklich Gewalt ausgeübt haben und wie viele zivile Opfer es gab. Vielleicht sind sogar nur unschuldige Zivilist\*innen gestorben. Frankreich hat weitgehend ignoriert, dass die vermeintlichen Terroristen oft lokale Gemeinschaften politisch vertreten haben. Russland hält das nicht anders.

**Was motiviert die Militärregime?**

Sie sind eine Reaktion auf drohenden Staatskollaps. Sie interessieren sich nicht sonderlich für Nichtkinetisches, sorgen sich aber um militärische Ressourcen. Angesichts knapper Haushalte und Schuldendruck wurden vielerorts Verteidigungshaushalte gekürzt. Das mögen Militärs nicht. Russische Unterstützung schätzen sie dagegen.

**Welche Erfahrungen gibt es mit Russland und Rohstoffausbeutung?**

Das Muster ist in ganz Afrika gleich. Wenn russische Kräfte intervenieren, fordern sie nicht Geld, sondern Rohstoffe. Ihnen wird dann die Ausbeutung von Minen überlassen. So was unterliegt dann der Geheimhaltung, sodass es kaum öffentliche Rechenschaft gibt. Das gefällt beiden Seiten, der jeweiligen afrikanischen Regierung und ihrem russischen Gegenüber. Wir können also darauf wetten, dass beide Seiten auch keinen großen Wert auf Arbeitsrecht oder Umweltschutz legen.

**Gibt es Hinweise darauf, dass Russland und China ihre Politik mit Blick auf Sicherheit, Staatsfinanzen oder Wirtschaftsbeziehungen koordinieren?**

Nein, sie sind beide in den aktuellen Wettkampf um Afrika eingestiegen, aber sie kooperieren nicht strategisch. Als die ersten Schlagzeilen über die BRICS, das lose Bündnis von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, aufkamen, hofften viele Menschen in Afrika, Südafrika würde eine Führungsrolle übernehmen und Anstrengungen der BRICS zur Entwicklung unseres Kontinents koordinieren. Stattdessen hat sich Südafrika nur als eines von vielen afrikanischen Ländern erwiesen, das hofft, von der Großzügigkeit der anderen BRICS-Mitglieder durch Investitionen und sonstige Unterstützung zu profitieren. Diese Allianz ist keine Alternative zur G7, der Gruppe der etablierten Wirtschaftsmächte. Derweil zei-

„Klar ist, dass die Leute die ehemalige Kolonialmacht Frankreich leid sind. Ich glaube jedoch weder, dass die Militärregime die gravierenden Probleme ihrer Länder lösen können, noch, dass sie von Russland diesbezüglich guten Rat bekommen werden.“

gen auch andere Staaten – wie etwa die Türkei und Saudi-Arabien – wachsendes Interesse an unserem Kontinent. Alle wollen Öl, Erze, Holz und andere Rohstoffe. Alle wollen auch militärisch Fuß fassen. Das ähnelt dem alten Kolonialismustypus, wobei aber neue Länder jetzt auch Ansprüche erheben.

#### Wie beurteilen afrikanische Regierungen die Lage?

Großenteils denken sie vermutlich gar nicht viel über die Zukunft ihrer Nation nach, sondern versuchen, kurzfristig alle Chancen, die sich irgendwie ergeben, zu ergreifen. Ihre Priorität ist der Machterhalt. Es fehlt ihnen an starken staatlichen Kapazitäten, um die Zukunft ihrer Länder zu gestalten.

#### Stört es sie nicht, dass China zwar ein wichtiger Kreditgeber geworden ist, sich aber weigert, Schulden zu streichen, selbst wenn diese untragbar geworden sind?

Typischerweise vertagt China Zahlungen auf später oder lässt sich auf eine Form von Tauschhandel ein. Verschuldeten Regierungen gefällt das, weil es kurzfristig den Druck reduziert.

#### Was bedeuten fragile Staatlichkeit und der neue Wettkampf um afrikanische Ressourcen für die Zukunft der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS – Economic Community of West African States)?

Die ECOWAS hat große Probleme, aber die wichtigsten sind älter als die russischen Interventionen in Sahelländern oder die diversen Verträge mit China. Entscheidend ist vor allem,

- dass in den Mitgliedsländern die nationale politische Führung nicht sonderlich geschickt agiert und

- dass alle Mitgliedsländer Demokratie-defizite aufweisen.

Korruption ist beispielsweise weitverbreitet, aber die überstaatliche Regionalorganisation kann daran nichts ändern. Es gibt zu vielen Dingen schöne ECOWAS-Protokolle, die in der Praxis aber leider wenig bedeuten.

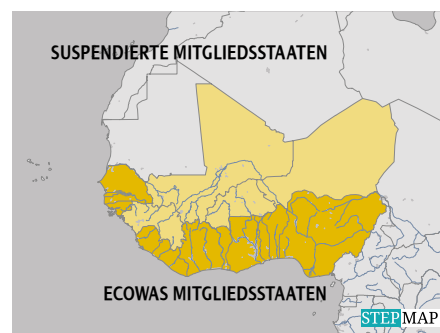
#### Bitte nennen Sie ein Beispiel.

Es gibt ECOWAS-Regeln, wie einem gewaltsamen Sturz der Demokratie entgegenge wirkt werden soll, sie lassen sich aber oft nicht anwenden. Umfassende Militärinterventionen sind nicht praktikabel, und andere Sanktionen sind zu schwach. Zugleich hat der Staatenbund keine Regeln gegen missbräuchlichen Machterhalt von Amtsinhaber\*innen, wenn beispielsweise Präsident\*innen für verfassungswidrige dritte Amtszeiten kandidieren. Das ist in der Côte d'Ivoire geschehen und kürzlich auch im Senegal. In der Côte d'Ivoire setzte sich Präsident Alassane Ouattara durch. Im Senegal sorgte eine Protestbewegung dafür, dass Macky Sall zurücktrat und es Neuwahlen gab. In beiden Fällen versagten die Institutionen. Für viele Menschen klingt es plausibel, wenn Militärdiktaturen sagen, von gewählten Regierungen unterschieden sie sich doch kaum. Tatsächlich kann die ECOWAS nicht korrigieren, was auf der nationalen Ebene falsch läuft.

#### Und das gilt besonders dort, wo – wie Sie eben ausführten – es mangels funktionierender örtlicher Verwaltungen keine positive Staatlichkeit gibt.

Genau. Dort sind Ärger und Frustration besonders gefährlich.

#### Demonstrationen feierten zuletzt nach Militärputschen die neuen Regime und deren russische Verbündete. Hat Russland Herzen und Köpfe gewonnen?



Das lässt sich noch nicht sagen. Klar ist, dass die Leute die ehemalige Kolonialmacht Frankreich leid sind. Ich glaube jedoch weder, dass die Militärregime die gravierenden Probleme ihrer Länder lösen können, noch, dass sie von Russland diesbezüglich guten Rat bekommen werden. Vermutlich werden die Leute auch Russland bald leid sein. Ob sie das dann artikulieren dürfen, ist eine andere Frage.

#### Die Klimakrise ist ein gewaltiges Weltproblem. Im Sahel wird das Wasser noch knapper. Westliche Regierungen bemühen sich um Klimaschutz, auch wenn sie bislang noch zu wenig tun. Russland glänzt dagegen gar nicht mit Versuchen, die Erderhitzung zu bremsen. Reagiert die öffentliche Meinung in Westafrika darauf?

Den Menschen sind die Klimafolgen jedenfalls klar. Die Hitze wird unerträglich. Dürren – aber auch Fluten – vernichten Felder. Die Leute sehen, was passiert. Ob das auch ihre Beurteilung der Politik mächtiger, fern gelegener Länder beeinflusst, weiß ich nicht. Bemerkenswert ist auf alle Fälle, dass die Militärführung in Burkina Faso kürzlich ein großes Baumpflanzungsprogramm gestartet hat. In Niger wurde etwas Ähnliches angekündigt. Den Spitzenleuten ist also bewusst, dass Klimafolgen den Menschen Sorgen machen. Gewählte westafrikanische Regierungen haben in der Vergangenheit zu wenig getan. Das gilt sowohl für öffentliche Aufklärung als auch für konkrete Maßnahmen, um Länder auf das, was kommt, vorzubereiten.

#### Leisten die Militärregime in dieser Hinsicht vielleicht mehr?

Auch das lässt sich noch nicht beurteilen. Wir hören, was sie sagen, müssen aber erst noch sehen, was sie tatsächlich umsetzen werden. Fest steht meiner Meinung nach jedoch, dass der Wettkampf um Afrika mit mehr Teilnehmenden weitergeht. Ich denke auch nicht, dass Frankreich endgültig ausgestiegen ist. Es wird sicherlich wieder aktiv werden.



**VLADIMIR ANTWI-DANSO**  
ist Dekan und akademischer  
Direktor des Ghana Armed  
Forces Command & Staff  
College (GAFSC) in Accra.

[vladanso@yahoo.com](mailto:vladanso@yahoo.com)



Einer fehlte:  
Russlands  
Außenminister  
Sergei Lavrov kam  
an Präsident  
Wladimir Putins  
Stelle zum BRICS-  
Gipfel in Südafrika.

## BRICS-ERWEITERUNG

## Je mehr, desto besser?

**Durch die Erweiterung zu BRICS+ will sich die Gruppierung als globaler Akteur noch stärker positionieren. Wirtschaftliche, geopolitische und interne Spannungen bleiben dabei trotz oder gerade wegen neuer Mitglieder bestehen.**

Von Henning Melber

Das BRICS-Gipfeltreffen im August 2023 in Südafrika wurde bereits im Vorfeld gespannt verfolgt. Der russische Präsident Wladimir Putin war trotz eines gegen ihn vorliegenden internationalen Haftbefehls zu dem Treffen eingeladen worden, sagte aber schließlich „im gegenseitigen Einvernehmen“ ab.

Das verstärkte Interesse ging allerdings über die Teilnahme Putins hinaus. Es galt ebenso den erkennbaren Bemühungen der BRICS, sich als globaler Akteur neu aufzustellen. Im Zeichen der weltweiten Neuformierung von Allianzen war die in Johannesburg beschlossene Erweiterung auf BRICS+ ein Signal. Es wird sich nun zeigen, inwieweit sich die Allianz sogenannter nicht paktgebundener Staaten als Agentur der In-

teressen des „Globalen Südens“ konsolidieren kann – und ob diese Allianz eine weitere Herausforderung der sich im Niedergang befindlichen Hegemonie westlicher demokratischer Staaten sein wird.

Der Anteil demokratischer Staaten in der Vereinigung schrumpfte durch die mit Jahresbeginn 2024 neu aufgenommenen BRICS+-Mitgliedsstaaten. Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind nicht für verstärkten Schutz und Achtung von Menschenrechten bekannt. Das Gleiche gilt für Saudi-Arabien, das die Mitgliedschaft formal noch nicht vollzogen hat. Wirtschaftliche und insbesondere finanzielle und ressourcenpolitische globale Gestaltungsoptionen wuchsen aber, nicht zuletzt durch die Zunahme der Einflussmöglichkeiten im Bereich fossiler Energien.

Die erweiterte Gruppierung repräsentiert mit rund 3,5 Milliarden Menschen etwa 45 Prozent der Weltbevölkerung. Das Wirtschaftsvolumen ihrer Mitglieder summiert sich mit 28,5 Billionen Dollar auf knapp 30 Prozent des geschätzten globalen jährlichen Bruttoinlandsprodukts. Durch

Iran, Saudi-Arabien und die VAE produzieren die BRICS+-Staaten nun mehr als 40 Prozent der weltweit geförderten Menge an Rohöl.

Allerdings fallen die Anteile der einzelnen Mitgliedsländer an diesen Zahlen sehr unterschiedlich aus. China erbringt nach Angaben der Weltbank mit knapp 18 Billionen Dollar allein fast zwei Drittel der Gesamtwirtschaftsleistung. Mit einem daran gemessen eher bescheidenen Umfang rangieren Indien (3,4 Billionen Dollar), Russland (2,2 Billionen Dollar) Saudi-Arabien und Brasilien (je 1,9 Billionen Dollar) im Mittelfeld, gefolgt von den „Zwergen“ VAE, Ägypten, Südafrika, Iran und Äthiopien mit 0,5 bis 0,3 Billionen Dollar. Ähnlich groß, wenn auch in anderer Reihenfolge, ist der Unterschied im jährlichen Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung, bei dem die beiden arabischen Staaten deutlich vor Russland und China liegen, gefolgt von Brasilien und Südafrika.

Die Banque de France wies in einer Analyse darauf hin, dass nur elf Handelsabkommen unter den BRICS+-Staaten geschlossen wurden. Fünfundvierzig regionale Handelsabkommen wären möglich. Zudem sind die wirtschaftlichen Beziehungen zu den G7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, USA, Vereinigtes Königreich) deutlich gewichtiger als die innerhalb von BRICS+. So ist Russland zwar der größte Handelspartner Chinas in-



nerhalb des Blocks, im globalen Vergleich aber nur zehntgrößter Partner.

Die BRICS+-Staaten stemmen rund ein Viertel der weltweiten Exporte. Allerdings gehen nur 15 Prozent des Exportgeschäfts an andere Mitgliedsländer. BRICS+-interner Handel im Jahr 2021 belief sich auf 3,7 Prozent des Welthandels. Der bei Weitem größte Teil davon entfiel mit 3,2 Prozent auf den Handel unter den fünf ursprünglichen BRICS-Ländern. Eine erhoffte Neuordnung der weltweiten Handels- und Austauschbeziehungen mag angesichts dieser Zahlen zunächst Wunschdenken bleiben.

## RENMINBI STATT DOLLAR

Im Hinblick auf Währungspolitik hatten die BRICS-Staaten schon vor dem Gipfel 2023 ambitiös erklärt, den Dollar durch eine BRICS-Handelsleitwährung ersetzen zu wollen. Die höchst unterschiedlichen Leistungen der Volkswirtschaften stellen allerdings eine erhebliche Herausforderung für einen solchen Schritt dar, auch wenn die chinesische Staatsbank mittlerweile in vielen BRICS+-internen Austauschbeziehungen den Dollar durch den Renminbi abgelöst hat. Das deutet an, dass zumindest eine Kryptowährung für Handelsgeschäfte praktikabel sein könnte. Insbesondere Iran, Russland und China haben bereits Vertragsabschlüsse zum Handel in den lokalen Währungen. Doch diese können die Dominanz des Dollars hinsichtlich der realen weltweiten Handelsbeziehungen allenfalls relativieren.

Angesichts der währungs- und finanzpolitischen Einschränkungen ist eine Anbindung an die Renminbi-Denominierung für internationale Investoren auch wenig verlockend, weil sie riskant ist. Hinzu kommt, dass es mit dem Riyal (Saudi-Arabien) und dem Dirham (VAE) neue Konkurrenz um eine BRICS+-interne Leitwährung gibt. Auch Indien strengt sich an, die Rolle der Rupie im internationalen Geschäft zu stärken, während Russlands Rubel durch die Sanktionen aufgrund des Kriegs gegen die Ukraine derzeit weitgehend aus dem Rennen ist. Doch Konvertibilität und Volatilität bleiben in allen Fällen eine Herausforderung.

Die internen geostrategischen Konflikte sind mit der Erweiterung nicht reduziert worden. War die Ablösung von Brasiliens Trump-Verbündetem Jair Bolsonaro

durch den altgedienten Linken Luiz Inácio Lula da Silva eine Erleichterung, bleibt das indisch-chinesische Verhältnis angespannt. Mit der Erweiterung werden auch weitere potenzielle regionale Rivalitäten als Störfaktoren in Kauf genommen. Äthiopien und Ägypten sind in einen langen Konflikt um die Nutzung des Nilwassers verwickelt, dessen Ende nicht in Sicht ist. Iran und die VAE sind alles andere als enge Freunde. Diese internen Dissonanzen könnten Entscheidungen im Weg stehen.

„Ressentiments gegenüber der Dominanz westlicher Industrieländer sind in einem System asymmetrischer Machtverhältnisse und zunehmender Doppelstandards nicht geringer geworden.“

Dass sechs der Länder zugleich der G20 angehören, dem wichtigsten Forum von Industrie- und Schwellenländern, könnte wiederum die Rolle der BRICS+ als Sprachrohr des „Globalen Südens“ stärken und dank eines größeren Einflusses die Lobbyarbeit befördern. Dass Brasilien, das dieses Jahr den Vorsitz in der G20 hat, die VAE als Gast hinzulädt, deutet in diese Richtung.

Wie schon im Vorjahr in Indien kam beim G20-Treffen der Finanzminister in São Paulo am 1. März allerdings keine gemeinsame Abschlusserklärung zustande. Dies lag hauptsächlich an Differenzen hinsichtlich der Bewertung der Kriege in der Ukraine und Gaza. Die Perspektiven auf multilaterale Konsensbildung schwinden. Inwieweit BRICS+ zur Zerrüttung oder Stärkung globaler Gemeinsamkeiten beitragen wird, ist schwer vorauszusagen. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Verhältnisse signifikant verschieben werden. Wahrscheinlich ist, dass einflussreiche Rollen weiterhin nur einigen Mitgliedsstaaten – vor allem den permanenten Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat China und Russland – vorbehalten bleiben.

## VIERZIG NEUE KANDIDATEN

Laut „TV BRICS“, dem internationalen Netzwerk verschiedener Medienhäuser aus den BRICS+-Staaten, gibt es über 40 weite-

re Anwärter auf Mitgliedschaft. Diese lange Schlange würde zwar Vielfalt, aber keinesfalls Einheit fördern. Der Wunsch vieler Regierungen, zum BRICS+-Club zu gehören, mag dem Bedürfnis geschuldet sein, neue Allianzen zu schmieden. Sie sind auch getrieben von Enttäuschung seit dem Kollaps des Sowjetregimes und dem Niedergang der Bewegung blockfreier Staaten. Angesichts globaler Polarisierungen agieren sie aber alles andere als geschlossen. Es ist nicht schwer vorherzusehen, dass diese Differenzen auch in einer noch größeren BRICS+ zu Tage treten würden.

Der nächste BRICS+-Gipfel soll im Oktober 2024 im russischen Kazan stattfinden. Präsident Putin hat bereits betont, dass BRICS+ eine größere Rolle im internationalen Finanzsystem spielen muss und die jeweiligen Staatsbanken enger zusammenarbeiten und BRICS+-Währungen stärker nutzen sollten. Für das Gipfeltreffen gab er als Rahmenthema die „Stärkung multilateraler Beziehungen für gerechte Entwicklung und Sicherheit“ aus.

Auch wenn sich aus euroamerikanischer Sicht damit der Bock zum Gärtner macht, darf die Anziehungskraft solcher Slogans für wirtschaftsschwächere Länder nicht unterschätzt werden. Ressentiments gegenüber der Dominanz westlicher Industrieländer sind in einem System asymmetrischer Machtverhältnisse und zunehmender Doppelstandards nicht geringer geworden – auch wenn sich diese Asymmetrien in Zusammenhängen wie BRICS+ ebenfalls erkennbar reproduzieren.

Es bleibt abzuwarten, in welcher Verfassung sich die prekäre Weltlage und das Gastgeberland im Oktober befinden und welche Fortschritte BRICS+ sowohl intern wie auch als Akteur im globalen System bis dahin verzeichnen konnte. Die große Wende, die mit dem Gipfel 2023 prognostiziert wurde, ist bislang ausgeblieben. Bis zu einem tragfähigen Bündnis nicht paktgebundener Staaten ist es noch ein weiter Weg.



**HENNING MELBER**  
ist emeritierter Direktor der  
Dag Hammarskjöld  
Foundation in Uppsala,  
Schweden, und

außerordentlicher Professor an der University of Pretoria und der University of the Free State in Bloemfontein.

[henning.melber@nai.uu.se](mailto:henning.melber@nai.uu.se)



Gespräche zwischen China und Malawi am Rande des BRICS-Gipfels 2023.

SÜDLICHES AFRIKA

## Zwischen den Stühlen

**Angesichts der starken Präsenz Chinas und Südafrikas auf dem Kontinent haben afrikanische Länder kaum eine andere Wahl, als mit den BRICS-Staaten zu kooperieren. Gleichzeitig versuchen Länder wie Malawi, den Kontakt zu westlichen Industrienationen nicht zu verlieren.**

Von Geoffrey Mzumara

Auf dem 15. BRICS-Gipfel letzten August in Südafrika brachte Malawis Präsident Lazarus Chakwera die feste Absicht seines Landes zum Ausdruck, mit den BRICS zusammenzuarbeiten, um „die Hürden zu überwinden, die Afrika bisher die Teilhabe am globalen Wohlstand verwehrt haben“. Er sagte: „Wir müssen das System neu starten. Wir müssen es jetzt neu starten. Und wir sind hier, um den BRICS-Staaten dabei zu helfen, die Software dafür zu entwickeln.“

Die Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Staaten und Afrika gewinnt zunehmend an Bedeutung. So wurden im vergangenen Jahr Äthiopien und Ägypten zusammen mit anderen Ländern offiziell in den

Zusammenschluss großer Schwellenländer aufgenommen, der jetzt BRICS+ heißt.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2009 haben sich die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) als „Stimme des globalen Südens“ positioniert. Insbesondere China präsentiert sich dabei als wichtiger Partner für Entwicklungsländer, vor allem in Afrika.

Kritische Stimmen halten die Beziehungen Chinas zu Afrika jedoch für ausbeuterisch und hauptsächlich auf den Nutzen des asiatischen Landes ausgerichtet. China sieht sich mit Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen konfrontiert, wenn chinesische Unternehmen beispielsweise im Bergbau oder im Baugewerbe in Afrika tätig sind. Gleichzeitig hat China den Ländern des Kontinents einen hohen, kaum tragbaren Schuldenberg aufgebürdet.

### „MODERNE SKLAVEREI“

Die Beziehungen zwischen Malawi und China gehen auf das Jahr 2008 zurück, als das südafrikanische Land seine 41 Jahre

währenden diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbrach. Seitdem hat China verschiedene Infrastrukturprojekte in Malawi unterstützt, wie zum Beispiel das Parlamentsgebäude, das Bingu-Nationalstadion, das Bingu International Conference Centre und die Malawi University of Science and Technology.

Wie viele afrikanische Länder steht auch Malawi unter dem Druck einer ständig steigenden und nicht nachhaltig verwalteten Staatsverschuldung. Nach einem vom malawischen Finanzministerium im November letzten Jahres veröffentlichten Halbjahresbericht über die Staatsverschuldung schuldet das Land dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Investitionsbank und der Internationalen Entwicklungsorganisation der Weltbank insgesamt fast 2 Milliarden Dollar. Bei der chinesischen und der indischen Export-Import-Bank beliefen sich die Schulden auf insgesamt 306 Millionen Dollar. Die Inlandsschulden des Privatsektors betragen rund 35,2 Millionen Dollar.

Eine vom Zentrum für Sozialforschung der Universität Malawi durchgeführte Afrobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2020 ergab, dass viele Malawier\*innen der Meinung sind, ihr Land habe zu viele Kredite von China aufgenommen. Während einige die Vorteile chinesischer Darlehen für die Infrastrukturentwicklung anerkennen, gibt es Bedenken hinsichtlich der langfristigen Auswirkungen. Ein Wirtschaftsjournalist, der nicht namentlich genannt werden möchte, verglich die Schulden mit „moderner Sklaverei“.

In diesem Zusammenhang betonte Malawis Präsident auf dem BRICS-Gipfel in Südafrika im vergangenen Jahr, dass Gespräche mit China – und Indien – über eine Schuldenumstrukturierung höchste Priorität hätten. Im März erklärte der malawische Finanzminister Simplex Chithyola Banda, man sei bei den Verhandlungen mit den Gläubigern auf dem richtigen Weg. Sowohl China als auch Indien hätten ihren Willen zugesichert, malawische Schulden umzustrukturieren. China gilt diesbezüglich jedoch als äußerst hartnäckiger Verhandlungspartner, wie bereits andere in E+Z/D+C berichtet haben.

Der Wirtschaftsjournalist kommentierte: „Eine Umstrukturierung kann zwar die Rückzahlungsfristen verlängern, entlastet das Land aber nicht von seinen Schulden,

die langfristig Ressourcen von wichtigen Entwicklungsinitiativen abziehen können.“

### SÜDAFRIKAS EINFLUSS

Wie die meisten afrikanischen Länder, insbesondere in der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (Southern African Development Community, SADC), hat Malawi nicht nur mit China aus den BRICS-Ländern zu tun, sondern vor allem mit Südafrika. Das Land, welches seit 2010 den BRICS angehört, ist zwar der kleinste der fünf ursprünglichen Akteure des Bündnisses, bietet diesem als regionale Wirtschaftsmacht jedoch Zugang zum afrikanischen Markt. Vor allem im südlichen Afrika ist der wirtschaftliche und politische Einfluss des Landes unbestreitbar. Daher hoffen die Länder in der Region, von einem verbesserten Marktzugang in Südafrika zu profitieren und ausländische Direktinvestitionen anzuziehen.

Außerdem gibt es innerhalb der Region massive Migration nach Südafrika.

„Es ist ungewiss, welche Folgen die zunehmende Einbindung in die BRICS für die Beziehungen zu den westlichen Nationen und ihren mächtigen Institutionen haben wird.“

Derzeit leben schätzungsweise 100 000 malawische Arbeitsmigrant\*innen in dem BRICS-Staat, die durch die niedrigen Einkommen in ihrer Heimat dorthin getrieben werden – auch wenn viele von ihnen nach wie vor im informellen Sektor arbeiten. Auch aus anderen Ländern der Region zieht es Menschen in großer Zahl nach Südafrika.

Patrick Kambewa, außerordentlicher Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Malawi (UNIMA), hält den Einfluss Südafrikas auf Malawi für enorm. „Was auch immer in Südafrika geschieht, hat Auswirkungen auf uns“, so Kambewa. „Als Südafrika während der Covid-19-Pandemie

im Lockdown war, waren wir als Land stark betroffen.“ Er ist daher der Ansicht, dass alle Vereinbarungen, die Südafrika mit anderen BRICS-Mitgliedern trifft, „immer auch Auswirkungen auf Malawi haben werden“.

Kambewa weist jedoch auf das Dilemma hin, vor dem Malawi und andere afrikanische Länder stehen: Es ist ungewiss, welche Folgen die zunehmende Einbindung in die BRICS für die Beziehungen zu den westlichen Nationen und ihren mächtigen Institutionen haben wird. „BRICS stellt sich als Konkurrenz zum Westen dar, aber Malawi ist eigentlich hauptsächlich bei westlichen Institutionen verschuldet. Das Land ist daher unsicher, ob es sich klar auf eine Seite schlagen sollte“, sagt Kambewa.

### GEOFFREY MZUMARA

Geoffrey Mzumara ist das Pseudonym unseres Autors, der es aus beruflichen Gründen vorzieht, diesen Aufsatz nicht unter seinem richtigen Namen zu veröffentlichen.  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

**Blieben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu).**





**Containerumschlag  
im Mannheimer  
Hafen.**

dation spielen die Mitglieder der BRICS+ in supranationalen Regionalorganisationen dominierende Rollen. China hoffe entsprechend über die BRICS+ Einfluss zu nehmen auf die Afrikanische Union, die Arabische Liga, die Südasiatische Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC) oder den Mercosur in Südamerika.

Die BRICS+ teilen einen Minimalkonsens, der Pekinger Vorstellungen sehr nahekommt: den Wunsch nach einer internationalen Weltordnung, die weniger von westlichen Industrienationen dominiert ist. Daraus folgt nicht unbedingt Feindschaft gegenüber dem Westen. Die meisten Mitglieder dürften es so sehen wie Indiens Außenminister Subrahmanyam Jaishankar, der im September sagte: „Indien ist nichtwestlich, es ist nicht antiwestlich.“ Entscheidungen der BRICS+ erfordern Einstimmigkeit, sodass China, Russland und Iran ihre jeweilige antiwestliche Position nicht ohne Weiteres durchsetzen können. Tatsächlich dürften sich die meisten Mitglieder der BRICS+ strengem Lagerdenken entziehen wollen.

Daran ändert nichts, dass sich selbst Verbündete westlicher Nationen innerhalb der BRICS+-Staaten kaum an westliche Sanktionen gegen Russland oder Iran halten. Diese werden nämlich zum Teil als Drohung gesehen: Strafmaßnahmen wie das Einfrieren von Devisenreserven oder der Ausschluss aus dem internationalen Zahlungssystem Swift lösen auch bei Ländern, die dem Westen nahestehen, den Wunsch nach Alternativen zum US-dominierten Finanzsystem aus. Eine echte Alternative aufzubauen ist jedoch schwierig und braucht Zeit. Wichtig ist aber, dass etwa die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) Gas- und Öllieferungen nach Indien und China bereits in lokalen Währungen bezahlen.

Im Finanzbereich verfügen die BRICS sogar über eine eigene Institution: die New Development Bank (NDB). Mit der Aufnahme von zahlungskräftigen Golfstaaten könnte die Bank ihr Kapital aufstocken und unter den internationalen Entwicklungsbanken dann eine größere Rolle spielen als bisher – ohne die Bedingungen, an die Weltbank und Internationaler Währungsfonds typischerweise ihre Geldvergabe knüpfen.

In Ländern mit niedrigem Einkommen wurde nicht vergessen, dass es etablierten Geberstaaten – ebenso wie China

CHINA

## Globale Geltungsansprüche

**Die erfolgreichste Entwicklungsgeschichte der letzten 40 Jahre hat China geschrieben. Hunderte Millionen Menschen schafften den Sprung aus absoluter Armut. Jetzt engagiert sich das Land in der internationalen Entwicklungspolitik – und nutzt dabei die BRICS+.**

Von Matthias von Hein

Bis in die 1980er Jahre prägten Landwirtschaft und auf niedrigem Niveau planwirtschaftlich gesteuerte Industrie Chinas Ökonomie. Die Wende kam mit der „Reform- und Öffnungspolitik“ von Deng Xiaoping. Schrittweise wurden Wettbewerb und Privatunternehmen zugelassen.

Die kommunistische Partei gab nicht mehr diktatorisch aus der Hauptstadt vor, was zu tun sei. Obendrein evaluierte sie Politikergebnisse aus den Regionen vergleichsweise fair und kopierte dann andernorts, was gut funktionierte. Marktanziege traten zunehmend an die Stelle der Planungsbürokratie. Aufgrund der Aussicht auf Zugang zum riesigen Binnenmarkt machten ausländische Investoren große Zugeständnisse bei der Weitergabe von Technologie und Know-how.

Zunächst fertigte China als „Werkbank der Welt“ einfache Industrieprodukte für internationale Auftraggeber. Heute ist es selbst ein wichtiger Forschungs- und

Entwicklungsstandort für Künstliche Intelligenz, Bio- und Informationstechnologie oder Elektromobilität. Dem aktuellen Global Innovation Index zufolge liegt China nun auf Platz 11 des weltweiten Rankings und damit unter anderem vor Frankreich.

Als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt ist China inzwischen Deutschlands wichtigster Handelspartner. Eine aktuelle Studie des unternehmernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) belegt: China dominiert auch den Handel mit den wichtigsten Ländern des sogenannten Globalen Südens. Es hat die EU und USA als wichtigste Handelspartner abgelöst.

### GEOSTRATEGISCHER EINFLUSS

Mit der „Belt and Road Initiative“ (BRI), der weltweit größten auf Infrastruktur fokussierten Entwicklungsinitiative (siehe Box), beansprucht China, die Entwicklung anderer Länder voranzutreiben.

Um seinen geostrategischen Einfluss auszuweiten, nutzt es auch die BRICS. Dieses aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bestehende Bündnis ist durch den Beitritt weiterer Länder mittlerweile zu BRICS+ geworden. Bis auf Indien und Brasilien sind alle Mitglieder auch Teil der BRI. Laut Antara Ghosal Singh vom indischen Thinktank Observer Research Foun-

heute – immer auch um Markterschließung und dass Sparprogramme im Zuge von Strukturanpassungen oft schmerzhaft ausfielen. Chinas Regierung nutzt das daraus folgende Misstrauen gegenüber etablierten Gebern.

Der Beweis, dass die Zusammenarbeit mit Peking auf Dauer besser läuft, steht indessen noch aus. Als Kreditgeber wehrt sich die Volksrepublik in der Schuldenkrise grundsätzlich gegen die Streichung von

Darlehen. Nicht alle von ihr geförderten Vorhaben erweisen sich als nachhaltig. Dass sie vor allem chinesische Arbeitskräfte einsetzt, also mit Projekten wenig Jobs in Partnerländern schafft, sorgt auch für Missstimmung. Zugleich ist klar, dass China selbst vor großen volkswirtschaftlichen Problemen steht.

Wichtig sind unter anderem Fehlspekulationen im Immobiliensektor, die Überalterung der Gesellschaft und hochverschul-

dete Staatsbetriebe. Die Erfolgsgeschichte der letzten vier Jahrzehnte lässt sich nicht einfach so fortsetzen. Wie es weitergeht, ist unklar – und das gilt auch für Chinas internationales Engagement.



**MATTHIAS VON HEIN**  
ist Sinologe und Journalist.

[von.hein.media@gmail.com](mailto:von.hein.media@gmail.com)

## Keine Blaupause

Das Hauptinstrument von Chinas langfristig angelegter internationaler Entwicklungspolitik ist die sogenannte „Belt and Road Initiative“ (BRI). Mittlerweile ist die BRI die weltweit größte auf Infrastruktur fokussierte Entwicklungsinitiative.

Über 150 Länder und 30 internationale Organisationen haben Kooperationsabkommen im Zusammenhang mit der BRI unterschrieben. Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping stellte in seiner Eröffnungsrede zum dritten Belt-and-Road-Forum im vergangenen Oktober in Peking die BRI als Win-win-Projekt für alle Beteiligten dar, weil alle von ihr profitierten.

Was er nicht sagte: China hat die Mittel angesichts der

Covid-19-Pandemie und wachsender Staatsverschuldungsprobleme in vielen Ländern deutlich zurückgefahren. Nun will die chinesische Regierung der BRI neuen Schwung verleihen, allerdings mit einer Verschiebung der Schwerpunkte. Der Präsident sprach vom Übergang zu kleineren und wirkungsvolleren Projekten und betonte grüne Entwicklung, Wissenschaft, Technologie und Innovation.

Zum Ende der Konferenz sagte Xi über 100 Milliarden Dollar an weiteren Finanzmitteln zu. Viele schuldengeplagte Länder hatten darauf gedrängt. Schon jetzt ist China einer der größten Kreditgeber für Länder mit niedrigen Einkommen.

Eine differenzierte Bilanz der ersten zehn Jahre der BRI hat das Global Development Policy Center der Universität von Boston veröffentlicht. Als Vorteile stellt der Bericht zusätzliches Geld für Länder mit niedrigem Einkommen heraus, das beträchtliche Wirtschaftswachstum und die Etablierung eines neuen Modells der Süd-Süd-Zusammenarbeit. Er warnt zugleich vor wachsender Überschuldung und ökologischen Risiken (Zunahme von CO<sub>2</sub>-Emissionen, Luftverschmutzung, Gefahren für die biologische Vielfalt und das Land indigener Völker).

Diese Risiken spiegeln den hohen ökologischen Preis wider, den China selbst für seine Entwicklung in den letzten vier Jahrzehnten bezahlt hat: mit Abfällen belastete Flüsse, Seen und Meere, Luftverschmutzung, enorm gestiegene Treibhausgasemissionen und vergiftete Böden.

Ob das chinesische Entwicklungsmodell in anderen Ländern funktioniert, steht allerdings nicht fest. China konnte Auslandsinvestoren mit seinem riesigen Binnenmarkt anlocken. Es hatte zunächst massiv in Infrastruktur investiert, um Produktion und Industrialisierung voranzubringen. Das kommunistische Regime bewertete Politikergebnisse nach objektiven Kriterien

und vermied damit größtenteils die für Diktaturen typische Günstlingswirtschaft. Es gewährleistete sogar mit Institutionen die Rechtssicherheit von Marktakteuren.

Ob die Erfahrungen der Volksrepublik übertragbar sind, spielt auch in der innerchinesischen Debatte eine Rolle. Außenpolitikexperte Shi Yinhong von der Pekinger Renmin University warnte im vergangenen Jahr, China solle nicht davon ausgehen, dass sein infrastrukturorientiertes Entwicklungsmodell von allen Ländern der Welt begrüßt werde – oder auf sie anwendbar sei. Zugleich betonte Shi, dass BRI-Projekte langfristig finanziell tragfähig sein müssen. Chinas Finanzressourcen reichten nicht, um viele verlustbringende Projekte zu unterstützen.

Aus westlicher Sicht lassen sich solche Warnungen als Appell lesen, China solle die Erfahrungen etablierter Wirtschaftsmächte in der Entwicklungspolitik ernst nehmen. Auch sie setzten ursprünglich auf schnellen Ausbau von Infrastrukturen, ohne sonderlich auf lokale Bedingungen und langfristige Finanzierbarkeit zu achten. Dass sie mittlerweile auf Fragen der Regierungsführung in Partnerländern mehr Wert legen, beruht auf einer langen Geschichte fehlgeschlagener Projekte. MVH



Die elektrische Blue Line verkehrt in Lagos und ist ein Projekt der Belt and Road Initiative.

BINNENSTAAT

## Zwischen zwei Giganten

**Nepal ist eines der geringstentwickelten Länder und hat nur zwei Nachbarstaaten: Indien und China. Mit beiden gute Beziehungen aufrechtzuerhalten ist nicht leicht.**

Von Rukamane Maharjan

Nepal ist ein kleines Land im Himalaya mit etwa 30 Millionen Menschen. Die beiden riesigen Nachbarländer haben jeweils 1,4 Milliarden und möchten ihren globalen Einfluss vergrößern. Auch als Mitglieder des losen Bündnisses BRICS+ (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika plus neue Mitglieder) bleiben sie Rivalen, die ihre Weltregion prägen möchten.

Nepal pflegt zu beiden Ländern freundschaftliche Beziehungen, was sich auf verschiedenen Ebenen zeigt. Nepals Regierung spricht von „uralten und tief verwurzelten“ Beziehungen. Ständige Reibereien zwischen China und Indien wirken sich jedoch auch auf den Alltag in Nepal aus.

Indien ist Nepals wichtigster Handelspartner, China der zweitwichtigste. Beiden gegenüber ist das Handelsdefizit groß. Importiert werden diverse Industriegüter, darunter Hightechprodukte, sowie Energie und einige Grundnahrungsmittel. Die Ausfuhren bestehen aus Agrarerzeugnissen und Kunsthandwerk. Nepals Daueraufgabe ist es, Importe zu verringern und Exporte zu steigern.

Im Alltag fühlen sich Nepalis Indien stärker verbunden. Sprachlich und kulturell ist es nämlich ähnlich. In beiden Ländern sind zudem rund 80 Prozent der Menschen Hindus. Die 1850 Kilometer lange Grenze ist offen; unzählige Menschen überqueren sie täglich in beide Richtungen. Nepalis ziehen in der Hoffnung auf Arbeit und Bildung nach Indien. Typisch sind gering qualifizierte Tätigkeiten im Baugewerbe oder der Landwirtschaft. Für solche Jobs gibt es aber auch Migration von Indien nach Nepal.

Chinas Kultur und Sprache sind dagegen recht fremd. Die 1400 Kilometer lange Grenze verläuft meist durch unwegsame Berge. Es gibt viel weniger Migration. Nepalis gehen vor allem nach China, um zu

studieren oder wegen qualifizierter Jobs, die auch dank chinesischer Investitionen entstehen.

Auch ideologisch und in der Regierungsform unterscheiden sich die beiden Nachbarn. China ist ein kommunistischer Einparteiendementokratie mit unabhängiger Justiz. Die gewählten Landesregierungen haben beachtliche Autonomie. Nepal war bis 2008 eine Monarchie mit einem Hindu-König. Dann wurde es eine Republik, welche die Verfassung von 2015 als säkulare Demokratie definiert. Das politische System ähnelt also dem Indiens.

Indiens Innenpolitik wirft Schatten auf Nepal. Das liegt vor allem daran, dass Premierminister Narendra Modi den Hinduismus politisiert, gerade auch im aktuellen Wahlkampf. Die aggressive Identitätspolitik seiner Partei BJP treibt Hindu-Fanatismus in Nepal an.

Nepals königstreue Partei (Rastriya Prajatantra Party) will den Säkularismus abschaffen und einen Hindu-Staat etablieren. Es kommt zu extremistischen Angriffen auf Angehörige anderer Glaubensrichtungen,

denen vorgeworfen wird, sie zwingen Hindus zu konvertieren. Manche werfen derlei als Folge des indischen Einflusses.

Andererseits heißt es, China unterstütze Nepals einflussreiche kommunistischen Parteien finanziell und ideologisch. Diese akzeptieren allerdings das Mehrparteiensystem und spielen darin überwiegend konstruktive Rollen.

Die Präsenz tibetischer Geflüchteter in Nepal ist jedoch heikel. China scheint ihre Aktivitäten einschränken zu wollen. Tatsächlich dürfen tibetische Buddhist\*innen den Geburtstag des Dalai-Lama, ihres geistlichen Führers, in Nepal nicht öffentlich feiern. Behörden haben das vermutlich Peking zuliebe so entschieden. Der Dalai-Lama führt eine Exilregierung in Indien, seit China 1959 sein Land annektierte.

### GRENZSTREITIGKEITEN

China, Indien und Nepal streiten sich über Grenzen. Die wichtigste Route vom Subkontinent nach Tibet führt über den Lipulekh-Pass, auf den – samt umliegendem Kalpani-Gebiet – Indien und Nepal Anspruch erheben. Obwohl Nepal ihn für sein eigenes Hoheitsgebiet hält, verwaltet ihn der indische Bundesstaat Uttarakhand.

Lipulekh spielt auch in den Beziehungen zwischen China und Indien eine Rolle, denn mehrere Abkommen erwähnen ihn. Im China-Indien-Pakt von 2015 gilt er als



Kunsthandwerk gehört zu Nepals Exportgütern: Hier webt Anfang 2023 eine Frau einen Schal auf einer Messe in Kathmandu.



Dreiländer-Scharnier. Dieser Pakt entstand ohne Beteiligung Nepals.

Auch zwischen China und Indien bestehen Grenzstreitigkeiten. Beide unterhalten eine starke Militärpräsenz in den Bergen. Gelegentliche Scharmützel bedrohen Nepals territoriale Integrität.

### INFRASTRUKTURPROJEKTE

Beide Nachbarländer unterstützen Nepals Entwicklung. Die indisch-nepalesische Partnerschaft begann 1951 beim Bau des Flughafens Kathmandu. Seitdem hat Indien verschiedene Infrastrukturprojekte unter-

stützt, humanitäre Hilfe nach Naturkatastrophen geleistet und in lokale Entwicklung investiert. Es hat auch Krankenwagen, Schulbusse und Wahlfahrzeuge gespendet. Indische Hilfe erfolgt in der Regel in Form von Zuschüssen.

Als Binnenland braucht Nepal grenzüberschreitende Infrastruktur. Die Bahn-, Straßen- und Glasfasernetzverbindungen nach Indien sind gut. Indische Investitionen in eine grenzüberschreitende Ölpipeline und Kooperation in Sachen Wasserkraft sind ausgesprochen wertvoll.

China bietet drei Arten von Hilfe an: Zuschüsse, zinslose Darlehen und zinsverbilligte Darlehen. Mit solchen Mitteln hat China geholfen, Straßen zu verbessern, den Flughafen Pokhara zu bauen, Wasserkraftwerke zu errichten und Grenzbrücken wiederherzustellen.

Vor sieben Jahren wurde Nepal Partner von Chinas Belt and Road Initiative (BRI). Die Verträge sind Verschlussache, die Bedingungen dieser Zusammenarbeit also nicht transparent. Manche Fachleute warnen vor möglichen Schuldenfallen.

Nicht zuletzt wegen der hohen Berge ist die grenzüberschreitende Infrastruktur im Norden schwächer. Der Handel mit China wächst indessen, also werden die Verbindungen jedoch immer wichtiger – und entsprechend potenziell auch die BRI.

Alles in allem sind Nepals nachbarliche Beziehungen freundschaftlich, aber nicht unkompliziert. Nepal ringt mit Handelsbilanzdefiziten, Grenzproblemen und Einmischungen. Bisher hat Nepal eine neutrale Haltung gefunden, die es mit beiden Nachbarn kooperieren lässt, ohne China oder Indien zu verprellen. Dass beide zu den BRICS+ gehören, ist für Nepals Diplomatie unwesentlich. Von Kathmandu aus betrachtet, sind die beiden Nachbarn nicht miteinander verbündet, sondern harte Konkurrenten.



**RUKAMANE MAHARJAN**  
ist Assistenzprofessorin für  
Recht an der Tribhuvan-  
Universität in Kathmandu.

[rukamane.maharjan@nrc.tu.edu.np](mailto:rukamane.maharjan@nrc.tu.edu.np)

### INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

## Wie sich Indiens weltweiter Einfluss entwickeln könnte

**Indiens globale Rolle in den kommenden zehn Jahren wird geprägt sein von seiner innenpolitischen Entwicklung, seinem Verhältnis zu China, der Ausrichtung der BRICS+ und den Beziehungen zum Westen. Dies wird die Zusammenarbeit mit Indien verändern. Die GIZ hat vier Zukunftsszenarien entwickelt.**

Von Jörn Geißelmann und Johannes Kummerow

Die aktuelle Weltordnung ist durch erhebliche geopolitische Machtverschiebungen charakterisiert. Teile des sogenannten globalen Südens stellen die führende Rolle

des Westens und seiner Wertvorstellungen in Frage. Der Gestaltungsanspruch und der Einfluss von aufstrebenden Schwellenländern sind erheblich gestiegen. China hat sich zum ernsthaften Herausforderer der globalen Vormachtstellung der USA entwickelt. Indien ist aufgrund seiner Größe, seiner Geschichte und seines anhaltenden Wirtschaftswachstums dabei, ein weiterer wichtiger Pol in dieser neuen Welt(un)ordnung zu werden (siehe Kasten). Exemplarisch hierfür steht die ambitionierte Agenda der indischen G20-Präsidentschaft 2023 mit dem offen formulierten Anspruch, ein Sprachrohr des globalen Südens zu sein.

Angesichts dieser Entwicklungen wurde im September 2023 ein Fachgespräch mit den Methoden der strategischen Vorausschau ausgerichtet, an dem zwei renommierte indische Expert\*innen sowie Mitarbeitende der GIZ aus Indien, Deutschland und Subsahara-Afrika teilnahmen. Strategische Vorausschau ist eine systematische, multidisziplinäre Analyse von mittel- bis langfristigen Entwicklungen unter den Bedingungen von Ungewissheit. Zentral ist dabei der Anspruch, in Alternativen zu denken und den Raum möglicher Entwicklungen frühzeitig zu antizipieren.

Im Mittelpunkt des Fachgesprächs standen zwei Fragen: Wie könnte sich Indiens globaler Einfluss in den kommenden zehn Jahren entwickeln? Und welche Konsequenzen ergeben sich aus unterschiedlichen Zukunftsszenarien für die internationale Zusammenarbeit?

Ausgehend von diesem Gespräch, Interviews sowie einer ausführlichen Literaturrecherche haben die Autoren vier Szenarien (hier gekürzt abgebildet) erstellt.

Schlüsselfaktoren sind jeweils die sozio-ökonomische und politische Entwicklung Indiens sowie seine außenpolitische Ausrichtung. Auch wenn sich die Szenarien konkret mit Indiens wandelnder Rolle in der Welt befassen, sind die Autoren der Überzeugung, dass sie auch für den allgemeinen Diskurs über den wachsenden Einfluss des globalen Südens wertvoll sind.

## SZENARIO 1: ZURÜCK AUF LOS

Im Jahr 2033 schwächelt Indiens Wirtschaftswachstum, der digitale Fortschritt kommt zum Erliegen und die grüne Transformation droht zu scheitern. Nicht erfüllte Entwicklungserwartungen der Bevölkerung schüren die sozialen Spannungen im Land. Politisch ringt Indien mit dem Erbe von 15 Jahren Herrschaft der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP). Die neue Regierung richtet sich stärker nach dem Westen aus, in der Hoffnung, aus der wirtschaftlichen Krise herauszukommen.

Indien – in absoluten Zahlen noch immer ein wirtschaftlicher Gigant – muss sich auf innenpolitische Themen konzentrieren und formuliert angesichts geringer Finanzmittel weniger ambitionierte außenpolitische Ziele. Sein globaler Einfluss ist aufgrund der Herausforderungen im eigenen Land weit hinter dem Chinas zurückgefallen. China fordert Indien zudem im Himalaya militärisch heraus. Indien fährt seine Entwicklungsgelder deutlich zurück und erhält selbst wieder mehr Mittel zur Armutbekämpfung.

## SZENARIO 2: GLOBALE MACHT UND VISHVAGURU

Die schwierige sozioökonomische Transformation in Indien trägt in den frühen 2030er-Jahren Früchte. Investitionen in die (digitale) Infrastruktur des Landes sowie ambitionierte Sozialprogramme ermöglichen den meisten Menschen einen moderaten Wohlstand. Indien arbeitet sicherheitspolitisch eng mit Australien, Japan und den USA zusammen und ist ein effektives Gegengewicht zu China geworden, was jedoch auch zu weiteren Spannungen zwischen den beiden Ländern führt.

Entwicklungspolitisch stockt Indien seine Mittel auf und fokussiert sich zum einen auf Südostasien und Südasien, um China aktiv entgegenzuwirken, sowie zum



Feier zum Tag der Republik am 26. Januar in Gurugram im indischen Bundesstaat Haryana.

anderen auf starke Partnerschaften mit den afrikanischen Staaten. In Afrika kann es die indische Diaspora als Hebel nutzen. Indiens Softpower – Bollywood, Cuisine, Yoga und indische Philosophie – setzt das Land im Sinne der politischen Idee des Vishvaguru (Indien als „Lehrer der Welt“) weltweit effektiv ein. Es agiert dabei auch erfolgreich als Brückenbauer zwischen den Industrienationen und dem globalen Süden und fördert aktiv Dreieckskooperationen, also Entwicklungsprojekte, die gemeinsam geplant, finanziert und umgesetzt werden von einem begünstigten Empfängerland, einem Hauptpartner (in diesem Fall Indien) und einem unterstützenden Partner.

## SZENARIO 3: BHARAT IN DER AUTORITÄREN SACKGASSE

Bestehende Ungleichheiten haben bis 2033 stark zugenommen – sowohl zwischen den Bundesstaaten als auch innerhalb der Bevölkerung. Soziale Spannungen verschärfen sich und entladen sich häufig entlang ethnischer oder religiöser Trennlinien. Der Umbau der föderalen Staatsstruktur sowie der Verfassung zu einer hindu-nationalistischen Republik durch die nun seit fast 20 Jahren regierende BJP trägt ebenfalls zum Niedergang der sozialen Kohäsion bei.

Außenpolitisch will Indien, das sich nun Bharat nennt – eine Sanskrit-Bezeichnung, die vor allem Hindus verwenden – seinem Anspruch einer Regionalmacht mit weltpolitischem Gestaltungswillen gerecht

werden. In der Realität scheitern diese Ambitionen jedoch oftmals an den begrenzten Mitteln für Diplomatie, Sicherheit und internationale Kooperationen. Indien agiert vor allem im Kontext der nun auf mehr als 30 Staaten gewachsenen BRICS+, um internationalen Einfluss ausüben zu können. Die Möglichkeiten hierzu sind jedoch durch China stark eingeschränkt, welches die BRICS+ zu einem antiwestlichen Club unter chinesischer Führung umgebaut hat. Seine Entwicklungsgelder konzentriert Indien auf wenige Prestigeprojekte in Subsahara-Afrika und dem Mittleren Osten.

## SZENARIO 4: ALLES AUF WACHSTUM UND INDIA FIRST

Indiens Wirtschaft folgt 2033 einem autoritären Entwicklungsmodell und besticht mit beeindruckenden Wachstumswahlen. Die grüne und gerechte Transformation bleibt dabei weitestgehend auf der Strecke. Die digitale Transformation verläuft staatszentriert und wird von der Regierung verstärkt zur Überwachung der Bevölkerung genutzt. Die mittlerweile drittgrößte Volkswirtschaft der Welt ist ein selbstbewusster internationaler Akteur mit erheblichem Einfluss. Indien geht dabei auf Distanz zum sich im Niedergang befindenden Westen, der sich nie hinreichend mit den Interessen und Werten Indiens auseinandergesetzt hat.

China und Indien haben sich für den Moment miteinander arrangiert und profitieren gegenseitig vom Handel. Die BRICS+



sind aufgrund der Lähmung von UN und G20 der prägende Faktor im internationalen Umfeld. Gegenüber dem Nachbarn Pakistan wird der Tonfall Indiens immer aggressiver, und die Sicherheitslage in der Grenzregion Jammu und Kaschmir verschlechtert sich. Entwicklungspolitisch richtet sich Indien allen voran an den nationalen Interessen aus und sichert beispielsweise seltene Rohstoffe in Subsahara-Afrika sowie wichtige Lieferketten in Süd- und Südostasien.

## STRATEGISCHE IMPLIKATIONEN FÜR DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Wie in den vier Szenarien dargelegt, wird Indiens internationale Rolle in den kommenden zehn Jahren insbesondere geprägt sein von seiner innenpolitischen Entwicklung, dem Verhältnis zu China, der Ausrichtung der BRICS+ wie auch den Beziehungen zum Westen. Die Anforderungen an die Zusammenarbeit mit Indien werden sich dadurch weiter verändern. Die folgenden, bereits heute erkennbaren Trends werden sich wahrscheinlich in den kommenden Jahren verstärken:

1. Indien wird sich zukünftig noch selbstbewusster als globaler Partner mit eigenen Vorstellungen, Ansätzen und For-

„Indien wird sich zukünftig noch selbstbewusster als globaler Partner mit eigenen Vorstellungen, Ansätzen und Forderungen positionieren.“

derungen positionieren. Daher wird es für Entwicklungskooperationen und die internationale Zusammenarbeit mit Indien wichtiger denn je werden, die gegenseitigen Interessen aufeinander abzustimmen. Dies erfordert entsprechend Zeit und Ressourcen für die Konsensbildung.

2. In der Zusammenarbeit mit Indien sind attraktive, State-of-the-Art-Leistungsangebote notwendig. Dabei wird es wahrscheinlich immer weniger um klassische entwicklungspolitische Themen gehen, sondern um die Zusammenarbeit in großen Transformationsfragen wie der Energiewende, urbaner Entwicklung und Mobilität, Digitalisierung, Umweltschutz und Klimawandel.

3. Die Erwartungen der indischen Partner an die fachliche und interkulturelle Kompetenz sowie die Praxiserfahrung der

Mitarbeitenden von internationalen Organisationen sind hoch und werden voraussichtlich weiter steigen.

4. Indiens Interesse an Dreieckskooperationen und einer Vermittlerrolle zum globalen Süden wird wahrscheinlich weiter zunehmen. Aktuell deutet vieles darauf hin, dass Indien dabei zunehmend an Dreieckskooperationen mit afrikanischen Staaten interessiert ist. Eine vielversprechende Thematik ist Ernährungssicherung inklusive agrarökonomischer Ansätze. Aber auch Indiens digitale Entwicklung dürfte andere Regionen interessieren.



**JÖRN GEISSELMANN**  
ist Senior Berater für  
Strategische Vorausschau in  
der Stabsstelle

Unternehmensentwicklung  
der Deutschen Gesellschaft für Internationale  
Zusammenarbeit (GIZ).

[joern.geisselmann@giz.de](mailto:joern.geisselmann@giz.de)



**JOHANNES KUMMEROW**  
ist Berater für Strategische  
Vorausschau in der Stabs-  
stelle Unternehmensent-  
wicklung der GIZ.

[johannes.kummerow@giz.de](mailto:johannes.kummerow@giz.de)

## Gewichtiger Akteur

Mit gut 1,4 Milliarden Menschen ist Indien das bevölkerungsreichste Land der Welt und zudem mittlerweile die fünftgrößte Volkswirtschaft. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei etwa 2400 Dollar, sodass die Weltbank Indien weiterhin als Land mit niedrigen mittleren Einkommen einstuft. Im Human Development Report des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) belegt Indien Platz 134 von 193 und zählt damit zu den Ländern mit mittlerer menschlicher Entwicklung. Die sozio-ökonomischen Unterschiede zwischen den Bundesstaaten sind gewaltig. Zudem ist Indien

ein ungemein vielfältiges Land, mit hunderten Ethnien, 23 offiziellen Amtssprachen und etwa 200 Millionen Muslim\*innen bei 80 Prozent Hindu-Mehrheitsgesellschaft.

Das politische System kennzeichnet eine föderale Struktur mit erheblichen eigenen Kompetenzen der Bundesstaaten. Seit 2014 ist Narendra Modi von der Bharatiya Janata Party (BJP) Premierminister. Unter ihm wurden einige politische Maßnahmen umgesetzt, die das Land modernisiert und sein Wachstum gefördert haben. Gleichzeitig verfolgt die BJP unter Modi die Umwand-

lung Indiens von einer säkularen, multikulturellen Nation hin zu einem zunehmend autoritären hinduistischen Mehrheitsstaat.

Indiens Außenpolitik ist geprägt durch die schwierigen Beziehungen mit seinen Nachbarn, allen voran Pakistan und China. Mit seiner Strategie des „multialignment“ setzt Indien auf Bündnisse nach vielen Seiten hin, um seine Eigenständigkeit und strategische Autonomie zu wahren. Das Land sieht sich selbst als einen wichtigen internationalen Akteur in einer multipolaren Welt. Diese Haltung zeigt sich aktuell zum einen in Indiens zurückhaltender Positionierung gegenüber dem russischen Angriffskrieg auf

die Ukraine sowie zum anderen in dem Bestreben, die Erweiterung der BRICS nicht als Phalanx gegen den Westen verstanden zu wissen.

Mittlerweile zählt Indien zu den größten Gebern von Entwicklungsgeldern aus dem globalen Süden, mit regionalen Schwerpunkten in Südasien und Afrika. Die Mittel stiegen zwischen 2001 und 2019 von 264 Millionen auf 1,32 Milliarden Dollar. Ein Vielfaches hiervon investiert Indien über die New Development Bank (NDB, ehemals BRICS Development Bank) und die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Beide Banken hat es 2014 (NDB) beziehungsweise 2016 (AIIB) mitgegründet.

JG, JK



[www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation](http://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)



## D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.

Media Production - Frankfurt am Main - 1K followers - 11-50 employees

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

### Page posts

**D+C** D+C Development and Cooperation  
1,163 followers  
3w • 🌐

🌱 Humankind has been producing enough food to feed everyone. Nonetheless, about 10% ...see more

<b>CLIMATE FINANCE</b> How long-standing promises still remain unfulfilled	<b>EXPERT INSIGHTS</b> What brings about a nation's successful development	<b>GAZA CRISIS</b> International media assess consequences of Hamas terrorism
---	---	--



D+C November Digital Monthly on food security  
34 pages

👍❤️👍 13 · 3 reposts

Like Comment Repost Send

**Folgen Sie  
uns auf  
LinkedIn!**

**Liebe Leser\*innen,**

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter **[www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation](http://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)**

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **[www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)** hin.